Dienstag, 12. Februar 1924. | Einzelnummer 200000 Mark. | 63. Jahrgang. Nr. 35.

Bezugspreis*) monatl. M.: bei der Geschäftsst. 4 800 000, bei den Ausgabest. 5 000 000, durch Zeitungsb. 5 200 000, durch Post . . . 5 512 000 einschl. Postgebühren, ins Ausland 8 000 000 p. M. in deutscher Währg. nach Kurs.

*) Obige Preise gelten als Grundpreise. Verlag und Post haben das Recht, bei weiterer Geldentwertung eine Nachforderung zu erheben.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens 80 000 M. Reklameteil 200 000 M. *) Sonderplatz 50% mehr.

für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 80 000 M. „ *) Reklameteil 200 000 M. in deutscher Währung nach Kurs.

Postscheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen. Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Fernspr. 2273. 3110. Telegr.-Adr.: Tageblatt Posen.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Politische Wochenschau.

Zur Veröffentlichung seiner bedeutsamen Unterredung mit Lloyd George war Harald Spencer, wie sich jetzt erweist, nicht ermächtigt worden. Er selbst verbreitet jetzt in den englischen Blättern folgende Erklärung: „Ich habe Sonnabend und Sonntag das Wochenende bei Lloyd George verbracht. Wir haben mehrere Fragen miteinander besprochen und Lloyd George wußte nicht, daß ich die Absicht hatte, einen Artikel auf Grund dieser Unterhaltung zu veröffentlichen. Ich beabsichtigte im übrigen, lediglich eine Skizze über das Familienleben des früheren Präsidenten zu schreiben, und wenn ich Tatsachen wiedergegeben habe, die einen so großen politischen Sturm hervorgerufen haben, so tat ich dies, weil sie das Interesse an meinem Artikel für amerikanische Leser (!) erregen sollten. Lloyd George hat mich nicht ermächtigt, diese Dinge zu veröffentlichen. Wenn eine Indiskretion vorgefallen ist, so fällt die Schuld hierfür lediglich auf mich zurück."

Das ändert natürlich nichts an dem Inhalt jener ersten Veröffentlichung, dessen tatsächliche Richtigkeit, wie es scheint, auch von Lloyd George nicht bestritten wird. Was sich daraus vor allem ergibt, ist die Abhängigkeit Wilsons von Clemenceau in der Frage der militärischen Besetzung des Rheinlandes. Es handelt sich dabei weniger um einen „Geheimvertrag" als um eine in Abwesenheit Lloyd Georges fixierte Verständigung zwischen dem Amerikaner und dem Franzosen, durch die Lloyd George vor vollendete Tatsachen gestellt wurde. Diese Indiskretion dient dazu, das Porträt Wilsons, der sich glauben machen ließ, daß im Saargebiet Franzosen, in Südtirol Italiener und in Deutschböhmen Tschechen wohnen, weiterhin zu belichten.

In Paris tobte die Redeschlacht des Parlaments, und Poincaré mußte manchen Angriff abwehren. Aber wenn auch die Stimmen des Vertrauens von Abstimmung zu Abstimmung geringer werden, niemand dachte im Ernst daran, ihm vor den Wahlen sein Amt von den Schultern zu nehmen. Sicherlich wird die Tatsache, daß in England eine Arbeiterregierung am Ruder ist, die französischen Wahlen im Sinne der Opposition begünstigen. Aber wer ist diese Linke? Im „siegreichen Frankreich" spielt der Sozialismus heute weniger denn je eine Rolle. Und die Mehrzahl der französischen Politiker hat heute aus dem deutschen finanziellen Zusammenbruch nichts gelernt. Frankreich steht heute etwa da, wo Deutschland 1919 stand. Die staatliche Geldwirtschaft beginnt, sich aufzulösen, doch die damit verbundene wirtschaftliche Scheinblüte des Ausverkaufs verhindert den Blick auf die notwendig folgende Katastrophe.

Der Lärm der Kammerdebatten hat den Blick der französischen Oeffentlichkeit von den letzten Mißerfolgen der französischen Außenpolitik abgelenkt. Schon heute zeigt sich, daß sich der Ring, den Frankreich um Deutschland im Osten zu legen wünschte, nicht ganz geschlossen hat. Der italienisch-serbischen Einigung ist die Anerkennung Sowjet-Rußlands durch Mussolini gefolgt. Die „kleine Entente" entzieht sich mehr und mehr der tschechischen Vormundschaft. Der vielgewandte Benesch beginnt auch schon den französischen Hauptweg zu verlassen. Der Verfall der polnischen Währung aber offenbart, daß Frankreich keine solide Basis für politische Ambitionen mehr ist.

Auch in der Pfalzfrage hat Poincaré einen verschleierten Rückzug antreten müssen. Zwar: in Speyer waltet General de Metz noch immer seines Amtes und die Untaten der in seinem Auftrage handelnden Separatisten in Pirmasens rufen zum Himmel. Aber unter dem Druck der antiseparatistischen Stellungnahme Englands und der Weltmeinung wird man nicht umhin können, den Separatismus nach und nach sich selbst zu überlassen, was sein Verschwinden bedeutet. Freilich: das Ziel der französischen Politik, die Rheingrenze, wird Poincaré darum nicht aufgeben. Er wird nur um so zäher neue „separatistische" Methoden suchen, das gequälte Land sich gefügig zu machen.

Bezeichnend war die Antwort Poincarés auf die deutsche Protestnote gegen die französische Unterstützung der Separatisten. Poincaré leugnete rundlich alles ab und formulierte die klassischen Worte: „Das Pariser Kabinett, das gewissenhaft den Buchstaben der Verträge respektiert, ist, wie in der Vergangenheit, so auch heute, des Willens, in Zwistigkeiten der Deutschen untereinander nicht einzugreifen, und wird sich dementsprechend auch in keine Unterhandlungen mit der deutschen Regierung einlassen."

Mit Spannung wartet Deutschland auf das Ergebnis der Sachverständigenarbeit. Die deutsche Regierung hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß die unter schwersten Opfern aller Bevölkerungskreise durchgeführte Stabilisierung der Währung nur dann aufrecht erhalten werden kann, wenn die Zahlung der Besatzungskosten, für die keine Deckung vorhanden ist, fällt. Im Rhein- und Ruhrgebiet haben Frankreich und Belgien (sage und schreibe) ein Fünftel ihrer gesamten Armeen untergebracht. Von dieser unproduktiven Verschwendung aber ist die „deutsche Reparations- und Stabilisierungsfähigkeit", über die die Sachverständigenausschüsse bekanntlich ihr Urteil abzugeben haben, in entscheidendem Maße abhängig.

In Polen brachte die abgelaufene Woche die Aufsehen erregende Zeugenaussage Roman Dmowskis im Lednicki-Wasilewskiprozeß. Aus dieser Aussage geht hervor, daß der Weltkrieg, an dessen Ausbruch angeblich Deutschland allein schuld war, schon im Jahre 1907 zwischen Rußland, Frankreich und England eine ausgemachte Sache war, und daß die Unabhängigkeit Polens ohne die durch deutsche Truppen herbeigeführte Vernichtung der russischen Zarenmacht ein schöner Traum geblieben wäre.

Errichtung der deutschen Goldnotenbank.

Die Empfehlung durch den Sachverständigenausschuß. — Der unpäßliche Poincaré und Rücktrittsgerüchte. — Sturmszenen.

Berlin, 10. Februar. Der Sachverständigenausschuß unter Vorsitz des Generals Dawes veröffentlichte Sonnabend spät nachstehendes Communiqué:

„Die Arbeiten des ersten Komitees haben dazu geführt, mit Einstimmigkeit in großen Zügen den Plan festzulegen, den es für die Errichtung einer neuen deutschen Goldnotenbank empfehlen wird, die ihre eigenen Noten gegen diejenigen der Rentenbank und der Reichsbank austauschen soll. Die diesem Entwurf zugrunde liegenden allgemeinen Prinzipien sind dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht zur Kenntnis gebracht worden, der durchaus den Eindruck hat, daß, falls dieser Entwurf zur Ausführung gelangt, er sich als der bedeutendste Schritt zur endgültigen Stabilisierung der deutschen Valuta und zur Ausbalanzierung des deutschen Etats erweisen wird.

Das Sachverständigenkomitee wird der Reparationskommission gegenüber zum Ausdruck bringen, daß der Plan, den es der Kommission unterbreiten wird, baldmöglichst zur Ausführung gebracht werden sollte. Dr. Schacht hat dem Komitee erklärt, daß er bei Aufstellung seines Planes für die Errichtung der Goldnotenbank es so einrichten wolle, daß ihr Aufgehen in die von dem Komitee vorzuschlagende Notenbank erleichtert werde.

Am Sonnabend nachmittag ist in Paris ganz plötzlich das Gerücht verbreitet worden, daß Poincaré und sein Kabinett zurückgetreten sei. Dieses Gerücht erregte naturgemäß berechtigte Erregung, erwies sich bei Nachprüfung jedoch als falsch. Durch dieses Gerücht verleitet, wurden noch kleinere Sensationsmeldungen von Mund zu Mund konstruiert, von denen sich keine als zutreffend erwiesen hat.

Am Quai d'Orsay wird versichert, daß Poincaré den Besuch des deutschen Botschafters Hoesch heute nicht habe empfangen können, da er sich stark unpäßlich fühle. Aus dem gleichen Grunde, so vermutet man, ist auch der Ministerrat heute nicht zusammengetreten, obwohl er gewöhnlich jeden Sonnabend tagt. Die Absage des deutschen Botschafters und der Ausfall der Ministerratssitzung haben zu dem Gerücht die Veranlassung gegeben, daß in der Frage der eventuell zu erwartenden Kammerauflösung, die (so behauptet man) im Kabinettsrat erörtert werden sollte, innerhalb des Kabinetts Meinungsverschiedenheiten entstanden sein sollen, die zu einer Krisis unter Umständen führen könnten.

Wie bereits gesagt, handelt es sich um Gerüchte, die vorläufig jeder Grundlage entbehren. Daß weiterhin noch eine andere Erscheinung zu diesem Gerücht hat beitragen helfen, sagt folgende Meldung, die über einen Zwischenfall in der Kammer berichtet: Eine Rede des rechtsrepublikanischen Abgeordneten Tapponier gegen die Radikalen rief lärmenden Widerspruch der Linken hervor. Der Lärm wurde schließlich so schlimm, daß Poincaré sich erhob und die Abgeordneten ersuchte, eine würdigere Haltung zu bewahren. Nunmehr richtete sich die Bank der Linken gegen den Ministerpräsidenten. Es verlautet, daß der frühere Finanzminister Klotz dem Ministerpräsidenten eine besonders verletzende Bemerkung zurief. Ganz plötzlich, und zwar 4¼ Uhr, erhob sich Poincaré in großer Erregung und verließ, von allen Ministern gefolgt, den Sitzungssaal. Eine Viertelstunde lang erschien der Rücktritt des Kabinetts unvermeidlich. Was mittlerweile im Palais Bourbon vorging, ist zur Stunde noch nicht bekannt. Um 4½ Uhr erschienen Poincaré und die Minister im Sitzungssaal und nahmen ihre Plätze auf der Regierungsbank wieder ein. Der Kammerpräsident erwähnte in einer kurzen Ansprache bedauernd diesen Zwischenfall und bat die Abgeordneten, nicht zu vergessen, daß die Augen des Landes gegenwärtig auf die Kammer gerichtet sind.

Der zweite Teil des zweiten Absatzes des Artikels 1 wird mit 352 gegen 182 Stimmen angenommen. Der sozialistische Abgeordnete Locquin bringt einen Zusatzantrag ein, worauf die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes gegebenen Verordnungen durch Einspruch beim Staatsrat angefochten werden können. **Poincaré wendet sich gegen den Abänderungsantrag** und erklärt, daß bereits ein Erlaß des Staatsrats von 1907 die in dem Antrag geforderte Möglichkeit gebe.

Mit einer Majorität von 329 gegen 232 Stimmen wird der Abänderungsantrag Locquin abgelehnt. Der Vorsitzende teilt alsdann mit, daß ein Abänderungsantrag des Abgeordneten Ballat vorliegt, der verlangt, daß die Zahl der Ministerien eingeschränkt und die Entschädigungen für die Abgeordneten herabgesetzt werden.

Poincaré stellt die Vertrauensfrage und verlangt die Zurückstellung dieser Anträge. (Sehr gut!) Nach einer **weiteren Aussprache kommt es zur Abstimmung, wobei der Antrag Ballat mit 165 gegen 63 Stimmen, also bei Enthaltung fast der ganzen Linken, abgelehnt wird. Im weiteren Verlauf der Debatte wurde dann der Artikel 1 mit 329 gegen 207 Stimmen angenommen.**

Das Gespenst der Geldentwertung in Frankreich.

Sturm in der Luft. — Der Frank fällt weiter. — Durchpeitschung der Finanzgesetze.

Paris, 9. Februar. Die Stimmung in Paris ist von Tag zu Tag unruhiger. Selbst die schwarzen Tage des 14. Januar sind bereits überflügelt, und der Dollar und das englische Pfund gehen immer stärker in die Höhe. Die verschiedensten Gerüchte über Meinungsverschiedenheiten in den Sachverständigenausschüssen werden verbreitet, und die gestrige Kammersitzung, die in so stürmischer Weise verlaufen ist (wir berichten darüber an anderer Stelle unseres Blattes), sind weder für die Kammer noch für den Herrn Ministerpräsidenten besonders schmeichelhaft. Möglich ist, daß bis Montag alles wieder in schönster Ordnung sich befinden wird. Aber vorläufig muß auch ein vorsichtiger Beurteiler der Situation zugeben, daß ein Sturm in der Luft ist. Die erste Nachmittagszeitung, die in Paris erscheint, der „Intransigeant", versucht Beruhigungspulver zu verteilen. Über den „Abmarsch" Poincarés während der Kammerdebatte wird gesagt: „Poincaré hat gestern einer Regung der Unzufriedenheit nachgegeben, die begreiflich ist. Leider macht der Lärm, der von nationalen Leuten erhoben wird, den geschickten Intriganten ihr Handwerk leicht. Das sollte keine große Wichtigkeit sein, wenn nicht unsere stärksten Interessen auf dem Spiele ständen. Wenn man überlegt, daß eine große patriotische Tat, wie die Besetzung der Ruhr (!), daß die Politik unserer Zukunft in einer Kammerdiskussion zu Fall kommen könnte, dann muß man sich sagen, daß es Zeit ist, das Reglement der Kammer zu ändern."

Diese Andeutungen werden durch neue Ankündigungen über Maßnahmen ergänzt, die von Montag an getroffen werden sollen. Nämlich Maßnahmen zur Einschränkung der Diskussionszeit. Jeder Deputierte, der einen Zusatzvorschlag macht, soll nicht länger als zwölf Minuten sprechen dürfen. Hinterher soll nur die Regierung, ein Vertreter der Finanzkommission und der Berichterstatter das Wort erhalten. Einige Vorschläge, die das Einspruchsrecht der Kammer auf ein Minimum beschränken, sollen angeblich von der Regierung unterstützt werden. Ob dies alles etwas helfen wird, vermag niemand vorauszusagen. Eine Debatte über die 20prozentigen Steuerzuschläge, wie sie am Montag beginnen soll, ist schwer, wenn außer den Deputierten auch die Tatsachen reden. **Wenn das englische Pfund mehr als 96 Frank** wert ist, hört jede Diskussion auf, und man muß abwarten, was kommen soll. Über die Differenzen im Sachverständigenausschuß ist Zuverlässiges nicht zu erfahren. Im Hotel Astoria, dem Sitze der Reparationskommission, wird erklärt, daß es für den Augenblick eine Meinungsverschiedenheit zwischen dem General Dawes und den übrigen Delegierten nicht gäbe. Das Gerücht, Dawes wolle den Vorsitz niederlegen, entbehre jeder Begründung. Auch die anderen Delegierten seien vollkommen einig. Ob diese Mitteilung in jedem Punkte richtig ist, wird man in Berlin besser wissen als in Paris. Die Sachverständigen des ersten Ausschusses werden am Donnerstag der nächsten Woche in Paris eintreffen, und sie wollen, wie gesagt wird, zunächst einige Tage von den Berliner Anstrengungen ausruhen. Erst am Dienstag, dem 19. Februar, soll die Ausarbeitung des Berichts beginnen, der dann in den letzten Tagen des Februar oder gar erst Anfang März der Reparationskommission überreicht werden wird. Aber diese Mitteilung muß, bevor die offizielle Bestätigung erfolgt, mit Vorsicht gegeben werden. Sie macht den Eindruck, als ob Zeit gewonnen werden soll, bis die Regierung sich über bestimmte Beschlüsse einig geworden ist.

1 Dollar	= 9500000 Mkp.
1 Valorisationsfrank . .	= 1800000 Mkp.
1 Danziger Gulden . . .	= 1593000 Mkp.
1 Goldmark	= 2265000 Mkp.

Republik Polen.

Polen und Rußland.

Der neu ernannte polnische Gesandte in Moskau, Darowski gewährte dem Warschauer Berichterstatter der russischen Telegraphenagentur eine Unterredung. Darowski ist hinsichtlich der Entwicklung der Beziehung zwischen Polen und Rußland optimistisch gestimmt. Die Geschichte dieser Beziehungen ist seit der Zeit des Rigaer Vertrages mit geringfügigen Angelegenheiten belastet, die die Hauptfragen, wie den Handelsvertrag die Transitfrage und die Konsularkonvention beiseite drängen. Polen und Rußland, die in der Vergangenheit miteinander verbunden waren, werden sich in Zukunft gegenseitig ergänzen.

Die Kredite der Landesdarlehnskasse.

In Warschau fand die erste Sitzung des Aufsichtsrates der Darlehnskasse in Gegenwart von Mitgliedern der Oberdirektion und im Beisein des Vizeministers der Finanzen, Dr. Klarner, statt. Besprochen wurde die Kredittätigkeit. Mit Rücksicht auf die schwierigen Wirtschaftsbedingungen wurde beschlossen, die Warenkredite einstweilen nicht zu unterbrechen, jedoch ihre stetige Verminderung zu verfolgen. Ferner wurde beschlossen, an den Finanzminister die Bitte zu richten, die Verfügung des Ministerrates vom 21. Januar dahin zu ändern, daß Markwechsel zum Diskont in der Landesdarlehnskasse noch im März angenommen werden könnten. Wenn der Ministerrat den Antrag annimmt, dann soll die Diskontstufe für Markwechsel, die heute angesichts der Stabilisierung der Mark übermäßig hoch ist, eine Reduktion erfahren. Der Diskontsatz für Goldwechsel wurde vom Aufsichtsrat auf 12 Prozent und der Prozentsatz für Warenanleihen und offenen Kredit auf 1 Prozent festgesetzt.

Die Zeichnungen für die Emissionsbank.

Von weiteren Zeichnern von Aktien der „Bank Polski" werden genannt: Akc. Bank Wipol. in Lemberg, Bank Ziemian, Bank Zjedn. Ziem Polskich, Dom Bankowy D. H. Szereszewski je 1000 Aktien, Zwiazek Ubezp. Przem. Polskich 125 Aktien, Abg. Korfanty 200, ferner Senator Cieński, General Żeligowski, Abg. Soltyk und andere.

Die neuen Ausführungen über die Ausfuhr von Geld.

Eine Verordnung des Finanzministers gibt einige Änderungen der Bestimmungen über die Ausfuhr von Geld bekannt. Die wichtigsten Abschnitte bestimmen u. a., daß die Ausfuhr fremder Valuten, Devisen und polnischer Mark ins Ausland ohne besondere Bewilligung bis zum Gegenwerte von 1000 Zloty gestattet ist. Personen mit Paß, die nach Danzig fahren, können ohne besondere Bewilligung den Gegenwert von 250 Zloty mitnehmen. Personen mit Übertrittsscheinen, Zirkulationskarten und dergleichen dürfen auf einmal den Gegenwert von 100 Zloty, monatlich aber höchstens 500 Zloty mitnehmen. Zur Ausfuhr größerer Beträge als die oben angeführten bedarf es bis zum Betrage von 5000 Zloty der Bewilligung der P. K. K. P., über diesen Betrag hinaus des Devisenkommissars.

Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenunterstützung.

Der Sejmausschuß für Schutz der Arbeit setzte am Sonnabend seine Beratungen über das Arbeitslosenversicherungsgesetz fort und nahm folgende Arbeitslosenunterstützungen im Verhältnis zu den Löhnen an: Für den alleinstehenden Arbeiter in Höhe von 30 v. H., für Arbeiter mit einer Familie von zwei Personen 35 v. H., von drei bis fünf Personen 40 v. H., bei mehr als 5 Personen 50 v. H.

Ein Setzerstreik in Lemberg.

In Lemberg ist ein Setzerstreik ausgebrochen, da den Setzern die Auszahlung 32prozentiger Teuerungszulagen mit dem Hinweis verweigert wurde, daß die Löhne der Setzer bereits die Goldparität und die Vorkriegslöhne überstiegen hatten.

Die Schneeverwehungen und der Eisenbahnverkehr.

Aus Warschau wird gemeldet: Der Eisenbahnverkehr geht trotz der Schneewehen normal vonstatten. Die Eisenbahnverbindung mit Zakopane ist unterbrochen. Der Verkehr wird weiter mit Schlitten aufrechterhalten. Zwischen Chabrowka und Zakopane soll sich ein förmlicher Gletscher gebildet haben, der bisher nicht durchgeschlagen werden konnte.

Aus der polnischen Presse.

Dem neuen Außenminister

widmet die „Rzeczpospolita" einen Aufsatz (Nr. 40), in dem sie unter anderem sagt: „Auf seinem Pariser Posten als polnischer Gesandter in dem heute in der europäischen Politik aktivsten Staate, als Vertreter Polens gegenüber dem Botschafterrat als ständiger Teilnehmer an der politischen Leitung unserer Angelegenheiten im Völkerbund, ist Graf Zamoyski fünf Jahre hindurch nicht nur mit einigen und auch nicht allein mit den wichtigsten, sondern wirklich mit allen wichtigen Fragen unserer Außenpolitik in voller Arbeit in Berührung gekommen. Über Paris, wo sich 1917 und 1918 die Bildung und Anerkennung des polnischen Nationalkomitees, die Aufnahme Polens in den Kreis der Alliierten, die Bestätigung des Versailler Beschlusses über den Wiederaufbau des polnischen Staates vollzog, dann vom Jahre 1919 in Sonderheit von der Bildung der Gesandtschaft, die Zamoyski von Anfang an leitete, gingen die Fragen Lembergs, Wilnas, Oberschlesiens, Danzigs und Memels in allen ihren Entwicklungsphasen bis zur endgültigen Anerkennung der Grenzen Polens im vergangenen Jahre, die Zamoyski nach langen Vorbereitungsarbeiten mit dem Botschafterrat unterzeichnete. In Paris wurde unser Bündnis mit Frankreich ausgearbeitet, das die Grundlage unserer internationalen Politik bildet. In Paris auch spielten sich alle großen europäischen Probleme der Gegenwart, wie die gegenseitigen Beziehungen zwischen den Alliierten, wie die Haltung gegenüber Deutschland und den Sowjets, wie der Bau Mitteleuropas ab. Aus der unmittelbaren täglichen Berührung mit Fragen und Männern des Okzidents bringt Minister Zamoyski die in der Arbeit erworbene Erfahrung mit, die im Verein mit seinem allgemein anerkannten „Savoir faire" die Gewähr bietet für eine verantwortungsvolle und fruchtbare Arbeit auf einem schwierigen Posten in schwieriger Stunde."

Die „Verschwörungsmanie in Polen"

brandmarkt der „Tygodnik Ilustrowany", indem er schreibt: „Es konspiriert nur der Feind oder der Sklave. Ein freier Rechtsstaat kann unter seinen Bürgern weder Feinde noch Sklaven haben. Wenn er Verschwörer besitzt, dann müssen sie also zu der Kategorie von Kranken gezählt werden, die eher in eine psychiatrische Klinik, denn vor die Gerichtsschranken gehören. Wir haben die feste Zuversicht, daß diese Krankheit, mit der wir es heute zu tun haben, eine vorübergehende ist. Sie ist die letzte Spur unserer Knechtschaft."

Sowjetrußland.

Die Union der Sowjetrepubliken.

Aus Moskau wird gemeldet: Die auf dem 2. Unionkongreß gewählte Zentralexekutive der Union der Sowjetrepubliken besteht gemäß der Unionverfassung aus zwei Kammern: 1. aus dem Unionrat von 414 Mitgliedern proportional der Bevölkerungszahl der Sowjetrepubliken; 2. aus dem Nationalitätenrat von 100 Vertretern von 32 Republiken und autonomen Gebieten. Das Präsidium der Zentralexekutive besteht aus 21 Mitgliedern, nämlich je 7 Vertretern des Unionrates und des Nationalitätenrates und 7 vom Plenum beider Kammern gewählten Vertretern.

Sowjetrußland und Völkerbund.

Die russischen Sachverständigen für die Marine-Unterkommission des Völkerbundes werden, wie Sjabanin in der „Iswestija" mitteilt, wahrscheinlich in diesen Tagen nach Rom abreisen, da der Völkerbundsrat dem russischen Wunsche nach Verlegung der Tagung außerhalb der Schweiz entsprochen habe. Sjabanin erklärt dazu, daß diese Beteiligung Rußlands an einer Erörterung unter dem Vorsitz des Völkerbundes nichts an dem grundsätzlichen Standpunkt der Sowjetregierung gegenüber dem Völkerbund ändere.

Die Pläne des Großfürsten Kyrill.

Großfürst Kyrill von Rußland, der in Nizza einen großen „Hofstaat" unterhält, erklärte einem Vertreter des „Daily expreß", daß er binnen einem Jahre den Versuch machen werde, nach Rußland zurückzukehren, um es von den Kommunisten zu befreien. „Rußland", sagte er, „verlangt nach einem Zaren und einer repräsentativen Regierung und nicht nach einer Autokratie des Terrors, die von den Schuften ausgeübt wird, die Rußlands Geschicke leiten. Russische Bauern und Arbeiter haben jedes Vertrauen zu den Bolschewisten verloren, die sie heute mit dem Tode bedrohen und morgen mit Versprechungen bestechen. Rußland hat immer einen Zaren gehabt, und dieser Zar ist stets der geistliche Vater des Volkes gewesen. Wenn dieser Vater auch nicht immer mustergültig war, so hat doch stets der Zar die Interessen des Landes gewahrt. Das Zarentum übte einen starken Einfluß auf die russische Phantasie aus und die Phantasie spielt bei den Russen eine große Rolle; das muß benutzt werden, um sie auf den richtigen Weg zu bringen."

Die internationalen Beziehungen Sowjetrußlands.

Rykow sagte in einer Presseunterredung, daß die Sowjets sich bemühen werden, die internationalen Beziehungen zu festigen. Ein günstiges Zeichen sei die Anerkennung der Sowjets durch England und Italien. Der Vorsitzende des Rates der Volksbeauftragten sagte ferner: „Die Beziehungen zu Deutschland entwickeln sich glänzend, und die allgemeine Besserung der internationalen Beziehungen wird das Tempo des Wiederaufbaus Rußlands dadurch beschleunigen, daß Kapitalien der Westmächte zu dieser Aktion herangezogen werden."

Der Vertrag Rußlands mit Italien.

Der am Freitag unterzeichnete italienisch-russische Vertrag setzt sich aus 80 Artikel zusammen. Der Vertrag enthält die diplomatische und politische Anerkennung der Sowjets durch Italien. Auf Grund des Handelstraktats, das den Hauptbestandteil des Gesamtvertrages bildet, erhält Italien eine Konzession auf Ausbeutung von Naphta- und Kohlegebieten, der Triester Lloyd eine Konzession für Kandschiffahrt auf dem Schwarzen Meere.

Die Ratifizierung des Vertrages soll spätestens am 7. März erfolgen. Zum italienischen Botschafter in Moskau ist der frühere Botschafter in Berlin de Martino ausersehen. Die Sowjets werden in Rom von dem bisherigen Bevollmächtigten Jordański offiziell vertreten.

Eine Basis der russischen Handelsflotte in Antwerpen?

Das „Journal" erfährt, daß die Sowjetregierung die Absicht hat, nach Antwerpen eine Sondermission zu schicken, die Verhandlungen führen soll über die Schaffung einer Basis für die russische Handelsflotte in Antwerpen.

Anerkennung Sowjetrußlands durch Oesterreich.

Das „Neue Wiener Journal" meldet aus parlamentarischen Kreisen, daß der österreichische Außenminister Grünberger am Dienstag im österreichischen Nationalrat eine Rede über die politische Lage Österreichs halten wird, in der er die Anerkennung Sowjetrußlands durch Österreich ankündigen soll. Gleich danach sollen Verhandlungen zwischen Österreich und Rußland beginnen.

Die neue russische Wirtschaftseinstellung.

Die Errichtung von gemischten Gesellschaften in Rußland macht ständig Fortschritte und ist eigentlich als die markanteste Erscheinung in dem Entwicklungsgange der noch unter Lenin eingeschlagenen neuen Wirtschaftspolitik anzusprechen, die eine immerhin recht weitgehende Abwendung von den ursprünglichen kommunistischen Wirtschaftsideen darstellt. Wenn auch ein sehr wesentlicher Unterschied zwischen den gemischten Aktiengesellschaften neurussischen Systems und den gemischtwirtschaftlichen Betrieben, zu denen in den letzten Jahren in Mittel- und Westeuropa zahlreiche staatliche und kommunale Einrichtungen haben übergehen müssen, besteht, so darf man doch von einer Art Parallelerscheinung reden, wenn man an die Erwägungen über die Umwandlung der Eisenbahnen, montanindustrieller Unternehmungen und anderer staatlicher Betriebe in Aktiengesellschaften auf rein privater Grundlage oder mit mehr oder weniger starkem staatlichen Einfluß denkt, mit denen man sich in letzter Zeit in Deutschland, Polen, Österreich, Südslawien usw. getragen hat, und an die tatsächlich bereits durchgeführten Umformungen, denen staatlicher Besitz in diesen Ländern unterzogen worden ist, mögen diese Umformungen nun auf wirkliche Besitzveränderungen hinauslaufen, wie bei der staatlichen Montanindustrie in Polnisch-Oberschlesien oder dem Telephonwesen in einer Reihe großer kongreßpolnischer Städte oder mögen sie mehr organisatorischen Charakter haben, wie z. B. die am 1. April erfolgende Umstellung der Verwaltung des Grubenbesitzes des preußischen Staates usw. Allerdings wird man sich vor Augen halten müssen, daß die Umwandlung staatlicher Wirtschaftsorganisationen in Rußland in Gesellschaften mit mehr oder weniger großer Beteiligung des Privatkapitals sowie auch die meist auf Initiative ausländischer Finanzgruppen vorgenommene freie Gründung von gemischten Aktiengesellschaften nicht nur den Zweck gehabt hat bzw. noch hat, die Verwaltung solcher Organisationen beweglicher und kaufmännischer zu gestalten, sondern in der Hauptsache den Zweck der Erlangung von Krediten und Betriebskapital, und zwar vor allem vom Auslande her. Bei der sehr bemerkenswerten Umwandlung des Petersburger und des Moskauer staatlichen Handelsamtes in Aktiengesellschaften mag man unter Berücksichtigung der auch Aufsichtspflichten umfassenden Aufgaben dieser Institutionen mehr die organisatorische Absicht hervorheben. Bei der im Gang befindlichen Umwandlung des russischen Tabaksyndikats in eine Aktiengesellschaft und einer Reihe ähnlicher Vorgänge, die zurzeit auf dem Gebiete des staatlichen Trustwesens in Rußland aktuell sind, spielt aber die Frage der

Der Apotheker von Niedergersdorf

Roman von Otto Berndt.

(21. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

Meine Herren, ich glaube der Aussage des Angeklagten — ich glaube fest an sie, wie der als Zeuge vernommene Doktor Schlüter. Wer die grausige Tat begangen hat, — ich weiß es nicht. Ich weiß nicht, wie das Gift in die Pralinees kam, ich weiß aber, daß der Zufall oder die Raffiniertheit der Verbrecher oft ein wunderbares Spiel treiben und — ich weiß, daß Carlos Mergener das Verbrechen nicht beging — zum wenigsten nicht im Besitz seiner Überlegung. Ich beantrage, den Angeklagten freizusprechen. Sollte aber das Gericht zu einer anderen Auffassung kommen, — ein überlegter Mord war es unter keinen Umständen, — es könnte sich höchstens um eine Tat unter Ausschaltung geistiger Verantwortung handeln. Es wäre ja denkbar, daß der Angeklagte an Zuständen geistigen Unbewußtseins leidet und in solchem Zustande das Gift mischte. Jedenfalls im Augenblicke, als er Konfekt und Rezept aushändigte, war er der festen Überzeugung, daß er Sieger war gegen jede Versuchung und daß er nichts getan hatte, als die Verordnung des Arztes erfüllt."

Auch die Rede des Verteidigers hatte großen Eindruck gemacht. Jetzt sollte Mergener sprechen.

„Angeklagter, haben Sie noch etwas zu sagen?"

Mergener stand auf. Er schien wie aus einer Betäubung zu erwachen, und um seinen Mund lag ein Lächeln.

„Die Reden des Herrn Staatsanwalts und des Herrn Verteidigers haben mich ordentlich interessiert . . ."

Ein Augenblick war alles stumm — selbst der Vorsitzende war auf eine solche Antwort eines, der in der nächsten Stunde zum Tode verurteilt werden konnte, nicht gefaßt. Dann ging durch das Publikum ein unterdrücktes Lachen — der Vorsitzende schwang die Glocke.

„Wollen Sie sich etwa noch über das Gericht lustig machen?"

Mergener erwiderte sehr ernst:

„Durchaus nicht — aber — es ist doch seltsam, wie verschieden das Leben eines Menschen aufgefaßt werden kann — es kommt nur auf den Gesichtspunkt an. Und schließlich — es mußte scheinen, sie hätten beide recht. Herr Vorsitzender, ich bin froh, daß ich kein Geschworener bin."

Der Vorsitzende wurde zornig.

„Angeklagter, ich verbiete Ihnen —"

„Bitte, Herr Vorsitzender, lassen Sie mich reden, ich will doch nur sagen, daß ich logisch denke und die ganze Schwierigkeit fühle. Ich habe die Tat nicht begangen, aber das weiß doch ich nur allein, und ich kann es niemandem beweisen. Ich kann aber auch nicht verlangen, daß man mir glaubt. Und nun hat der Herr Staatsanwalt, der die feste Überzeugung hat und schon durch sein Amt haben muß, daß ich die Schuld begangen, alles zusammengestellt, was gegen mich spricht. Ich kann es niemand verdenken, daß er ihm glaubt. Aber auch der Herr Verteidiger hat gesprochen, und — man sollte meinen, daß man ihm glauben müsse. Und jetzt sollen die Herren Geschworenen urteilen, und sie können doch alle nicht in mein Herz sehen, niemand war an jenem Abend dabei. Ich fühle, wie unendlich schwer da ein Urteil sein muß, — und ich selbst kann doch nichts tun, als sagen: ich war es nicht! Das Furchtbare ist nur, daß mein Leben und meine Ehre der Einsatz ist, um den jetzt gewürfelt wird."

Den letzten Satz schrie er fast, dann brach er in sich zusammen und vergrub den Kopf in seine Hände. Hatte der Anfang seiner Worte Kopfschütteln und Entrüstung erregt, so war jetzt alles erschüttert. Der Vorsitzende gab die Rechtsbelehrung, und die Geschworenen zogen sich zurück. Man bot Mergener eine Erfrischung an — der Verteidiger wollte zu ihm sprechen — er verharrte regungslos in seiner zusammengekauerten Stellung — er lehnte auch ab, während der Pause hinausgeführt zu werden.

Die Beratung der Geschworenen dauerte lange, und es verging über eine Stunde, bis sie wieder erschienen. Der Obmann trat vor:

„Auf Ehre und Gewissen bezeuge ich den Spruch der Geschworenen:

Erste Frage: Hat Carlos Mergener die Margarete Gerhardt vorsätzlich und mit Überlegung ermordet?

Antwort: Nichtschuldig.

Zweite Frage: Hat Carlos Mergener Frau Gertrud Gerhardt vorsätzlich und mit Überlegung ermordet?

Antwort: Nichtschuldig.

Ersatzfrage: Hat Carlos Mergener die Margarete Gerhardt und die Frau Gertrud Gerhardt zwar mit Vorsatz, aber ohne Überlegung, als eine Tat des Affektes ermordet?

Antwort: Schuldig.

Mildernde Umstände werden bei der Schwere des Verbrechens nicht befürwortet.

Bei den ersten beiden „Nichtschuldig" wurde es im Zuhörerraum unruhig. Jetzt klang ein dumpfes Murmeln durch den Saal. Die Stimmung war trotz allem gegen Mergener. Der Gerichtshof zog sich zu kurzer Beratung zurück, dann wurde noch an demselben Tage das Urteil verkündet:

„Der Apotheker Carlos Mergener wird zu Zuchthaus auf den Zeitraum von zwölf Jahren und Ehrverlust verurteilt — er wird sogleich in Haft behalten. Mildernde Umstände sind versagt."

Aller Augen hafteten auf Mergener — er war noch bleicher wie vorher.

„Angeklagter, nehmen Sie die Strafe als gerecht an, oder wollen Sie von den Ihnen zustehenden Rechtsmitteln Gebrauch machen?"

Mergeners Stimme war tonlos.

„Wozu? Auch ein anderer Gerichtshof würde mir nicht glauben. Ich unterwerfe mich meinem Schicksal. Der Herr Staatsanwalt kann in dem Bewußtsein heimgehen, daß ein Unschuldiger zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Ich habe nichts mehr zu sagen."

Die Worte machten einen schlechten Eindruck, und wer noch Mitleid mit ihm gehabt hatte, wandte sich ab. Der Vorsitzende wollte ihm eine Rüge erteilen, aber er ließ es.

„Die Sitzung ist geschlossen."

(Fortsetzung folgt.)

Geldbeschaffung die bei weitem größere Rolle. So ist denn auch bei all den großen Gesellschaften, die z. B. der Ausbeutung der russischen Wälder oder auch reinen Handelszwecken dienen und an denen der russische Staat durch eines oder mehrere seiner Kommissariate oder staatlichen Handelsorganisationen mit 50 oder mehr Prozent beteiligt ist, die Aufgabe der Beschaffung des Barkapitals und der für den Betrieb erforderlichen Kredite den beteiligten ausländischen Kapitalisten oder Konzernen zugefallen.

In einer längeren Betrachtung über die Kreditoperationen der gemischten Gesellschaften weist auch die „Ek. Schisn“ ausdrücklich darauf hin, daß durch die Errichtung solcher Gesellschaften vor allem ausländisches Kapital in Form von langfristigen Geld- und Warenkrediten zum Wiederaufbau der russischen Industrie herangezogen werden soll. Nach den bis Ende vergangenen Jahres abgeschlossenen Verträgen belief sich der von ausländischer Hand gewährte Kredit auf rund 18 Millionen Goldrubel. Dieser Kredit dient zunächst natürlich den Zwecken der in Frage kommenden gemischten Gesellschaften selbst. Darüber hinaus gibt es noch einen anderen, sog. laufenden Kredit, der eigentlich noch wichtiger ist. Er umfaßt die Verpflichtung der Importfirmen, vor allen anderen dem Wniesztorg (Außenhandelsamt) die eingeführten Waren zu besonders günstigen Bedingungen zu überlassen.

Bei näherer Untersuchung zeigt sich, daß das in die russische Wirtschaft eingedrungene fremde Kapital noch keinen sehr großen Umfang angenommen hat, im Verhältnis zu den Werten, die dort umzusetzen wären. Das erklärt sich vor allem dadurch, daß der russische Außenhandel durch die Revolutionsjahre vollkommen vernichtet wurde und daß er jetzt erst ganz allmählich wieder die verlorenen Auslandsmärkte wieder gewinnen kann, die bisher zu einem großen Teile der politischen ebenso wie der wirtschaftlichen Entwicklung der Sowjetstaatenunion mißtrauisch gegenübergestanden haben. Hinzu kommt noch, daß viele der ausländischen Unternehmer, die sich an dem Wiederaufbau der russischen Wirtschaft zu beteiligen versuchen, vor dem Kriege noch nicht in Handelsbeziehungen zu Rußland gestanden haben und deshalb der nötigen Erfahrungen ermangeln. Begreiflicherweise befaßten sich die gemischten Gesellschaften in der ersten Zeit hauptsächlich mit der Ausfuhr von Waren, die eine hohe Rentabilität gewährleisteten, wie z. B. Rauchwaren, Borsten, Roßhaare usw. Allmählich erst ging man dazu über, technische Unternehmungen in Rußland zu errichten, um die dort aufgekauften Waren wenigstens zum Teil schon im Inlande zu verarbeiten. Solche Unternehmungen sind z. B. gegründet worden zur Herstellung von Heilmitteln aus Kräutern, zur Verarbeitung von Borsten, Rauchwaren, Wolle, Pferdehaaren usw. Zur gleichen Zeit etwa gingen die gemischten Gesellschaften auch dazu über, Lebensmittel wie Eier, Butter, Brotgetreide, ferner Erze und Forsterzeugnisse auszuführen, wobei es ihnen gelang, auch eine Reihe von ständigen Abnehmern zu finden, die früher nur gelegentlich russische Waren gekauft haben.

Was die Einkaufstätigkeit dieser Exportfirmen anbetrifft, so ist das Verfahren in letzter Zeit geändert worden. Während man anfänglich sich der Hilfe von Kommissionären und des freien Marktes bediente, ist man in letzter Zeit meistens unmittelbar mit den Genossenschaften und den Rohstofferzeugern in Verbindung getreten. Genaue Angaben, aus denen sich sichere Schlüsse auf die Erfolge der Ausfuhrtätigkeit ziehen lassen, kann man heute noch nicht machen, denn die meisten dieser gemischten Gesellschaften haben erst in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres mit dem Export begonnen. Bis zum 1. Oktober 1923 belief sich der Wert der von diesen Gesellschaften ausgeführten Waren auf 10 Millionen Goldrubel. Unterwegs und zum Export bereitgestellt waren Güter im Werte von 5 Millionen. Es ist mit größter Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß in der nächsten Zeit diese Ausfuhrtätigkeit sich bedeutend steigern wird, um so mehr, als das Volkskommissariat für den Außenhandel den Import bekanntlich außerordentlich stark abgedrosselt hat, so daß die gemischten Gesellschaften in ihrem eigenen Interesse schon in den letztvergangenen Monaten sich immer mehr auf den Export legen mußten.

Der Import der gemischten Gesellschaften erstreckt sich hauptsächlich auf Industrierohstoffe, Halbfabrikate und Hilfsmittel für die Produktion (z. B. Baumwollgarne, Farbstoffe, Maschinen, Automobile usw.) und wird fast ausschließlich auf Grund von kurzfristigen Warenkrediten ausländischer Firmen abgewickelt. Bis zum 1. Oktober 1923 wurden im ganzen für 10 Millionen Goldrubel importiert, so daß zu diesem Zeitpunkt Ein- und Ausfuhr sich die Wage gehalten hätten. Bemerkenswert ist noch, daß auch diejenigen Gesellschaften, an denen größtenteils staatliche Organisationen beteiligt sind, in letzter Zeit keiner größeren Kredite des Volkskommissariats für Außenhandel zu Importzwecken mehr bedurften, weil ihnen vom Auslande selbst genügende Kredite zur Verfügung gestellt wurden.

Zum Schluß seien noch ein paar Beispiele für die verschiedenen Arten von gemischten Aktiengesellschaften und ihrer Tätigkeit erwähnt. So gibt es Kommissionsgesellschaften, wie den Exportugol (Kohle), den Exportruda (Erz) und den Metallotorg in der Ukraine und Handelsgesellschaften, wie Jugotraw, Utilsyrjo und den Exportljes (ebenfalls in der Ukraine). An allen sind außer den staatlichen Organen, die für die Gewinnung und den Vertrieb der in Frage kommenden Rohstoffe zuständig sind, Privatkapitalisten beteiligt. Sie genießen vollständige finanzielle und wirtschaftliche Selbständigkeit. Der Exportugol z. B. führt alle Arten von mineralischem Heizmaterial aus und erwirbt dafür technische Ausrüstungsgegenstände für das Donezbecken. Der Metallotorg führt Eisenschrott aus, versorgt aber gleichzeitig den südlichen Stahltrust mit diesem Material. Der Jugotraw wiederum sammelt Arzneipflanzen für den Export und gibt solche für den Innenmarkt in Kommission. Sehr verschieden ist der staatliche Einfluß bei den gemischten Gesellschaften, je nachdem in welchem Maße staatliche Hauptverwaltungen, Erzeuger- und Verkaufsorganisationen, Genossenschaften oder ausländische Finanzgruppen beteiligt sind. Eine häufig vorkommende Form der gemischten Handelsgesellschaften ist die Beteiligung des Wniesztorg und eines großen ausländischen Kontrahenten zu gleichen Teilen an dem Aktienkapital. Ein typisches Beispiel für die Gründung einer solchen Gesellschaft ist der Vertrag über die Russisch-Österreichische Handels-A.-G., deren Kapital 300 000 Goldrubel beträgt, das zu gleichen Teilen auf die Vertragschließenden entfällt. 225 000 Goldrubel hat der Konzessionär einzuzahlen und 75 000 Goldrubel der russischen Regierung bzw. dem Wniesztorg à fonds perdu zu übergeben. Den Rest der auf sie entfallenden Summe zahlt die russische Regierung aus den auf sie entfallenden Gewinnen. Übersteigt der Reingewinn nicht 50 Prozent, wird er gleichmäßig geteilt. Andernfalls erhält der Konzessionär 30 Prozent und die Regierung 70 Prozent. Außerdem muß der Konzessionär (in diesem Falle die österreichischen Werke „Arsenal“) Rußland einen Warenkredit von mindestens 1 Million Goldrubel jährlich einräumen. Die Vertragsdauer beträgt in solchen Fällen meistens mehrere Jahrzehnte, bisweilen aber auch nur 5 Jahre.

Dinge, die unangenehm sind!

Wilsons Schuld. — Spencer und Lloyd George. — Wilsons Dokumente werden nicht veröffentlicht. — Lloyd George bedauert.

Berlin, 9. Februar 1924. Die „B. Z.“ veröffentlicht in ihrer heutigen Ausgabe weitere Tatsachen zu den „Enthüllungen Lloyd Georges“ über Wilson, das Nachlassen seiner Festigkeit und seinen endgültigen Umfall vor Frankreich. Diese neuen Tatsachen bringen einen weiteren Beweis über die Richtigkeit der Angaben Lloyd Georges. Das Blatt glaubt den Beweis zu besitzen, daß an dem bewußten Tage, dem 20. April 1919, Clemenceau dem amerikanischen Präsidenten Telegramme aus Italien vorgelegt habe, die in Beantwortung der Botschaft Wilsons an Italien eingelaufen waren. Der Widerstand Wilsons gegen die Besetzung der Rheinlande, welche vorgeschlagen war, wurde mit Argumenten besiegt, die man aus dem italienischen Protest gegen Wilsons Botschaft herleitete. Wilson unterschrieb schließlich den Text der Rheinlandbesetzung in der Überzeugung, gegen diese Unterschrift unter eine Bestimmung zur Knebelung und Entrechtung Deutschlands die Unterstützung Clemenceaus in einer rein persönlichen Prestige-Angelegenheit, nämlich in der Fiume-Frage, erkauft zu haben. Die Schuld Wilsons ist also von Lloyd George zwar nicht dem Buchstaben, aber dem Sinne nach durchaus richtig wiedergegeben. Denn wenn auch kein Geheimabkommen zwischen ihm und Clemenceau bestand, so haben doch geheime Verhandlungen den Anlaß zu seinem Umfall gegeben, die schlimmer noch als politische Motive lediglich dem Kauf der französischen Hilfe in der Frage einer persönlichen Eitelkeit dienten. Die Schuld Lloyd Georges ist es aber, daß er sich gegenüber den beiden satzungswidrigen, in seiner Abwesenheit vollzogenen Unterschriften nicht auf das Konferenzstatut berufen und den Vertreter Italiens, Orlando, zur Hilfe holte, der seine Überstimmung zweifellos verhindert hätte.

London, 9. Februar. Spencer sendet der „Neuyork World“ einen Brief, in dem er den Inhalt des angeblichen Lloyd-George-Interviews weiter aufrecht erhält. In dem Briefe heißt es u. a.: „**Ich halte jedes Wort meines Artikels aufrecht.** Im übrigen bin ich noch hinter dem zurückgeblieben, was Lloyd George erklärte. Es ist für alle Leute peinlich, derartige Fragen anzuschneiden in dem Augenblick, wo Präsident Wilson gestorben ist. Wir müssen uns aber um die Lebenden kümmern. Lloyd George wollte nicht, daß die Franzosen sich da festsetzen, wo sie sich heute befinden. Ich verstehe sehr wohl die Stellung Lloyd Georges, der zwischen mehreren Feuern steht, und sein sogenanntes Dementi ist nur ein Versuch, die Frage zu verwirren. Lloyd George hat von einem Geheimvertrag gesprochen und er zeigte den größten Zorn, als er über diese Frage sprach. Als Lloyd George von seiner Londoner Reise nach Paris zurückkehrte, stellte er fest, daß Clemenceau während seiner Abwesenheit den Präsidenten Wilson in dieser großen Frage für seine Sache gewonnen hatte. **Es handelt sich um ein geheimes Abkommen, das ohne Lloyd George abgeschlossen war.** Ich bekämpfe die Verträge, die ohne Wissen der Völker abgeschlossen werden, darum habe ich gesprochen. Es ist die Pflicht eines Journalisten, alle Hindernisse zu überwinden. Wenn ich indiskret war, so werde ich es immer wieder sein, wenn neue Geheimdokumente auftauchen.“

Dem „Daily Telegraph“ zufolge erwiderte Lloyd George auf die Bite, zu dieser neuen Erklärung Spencers Stellung zu nehmen, er stehe zu jedem Worte seiner eigenen gestern in der Presse veröffentlichten Mitteilungen und lehne es ab, sich auf eine weitere Erörterung über eine Unterhaltung einzulassen, die er mit Gästen in seinem eigenen Hause geführt habe.

Washington, 9. Februar. Es wird mitgeteilt, daß Frau Wilson beschlossen haben soll, die persönlichen Dokumente des verstorbenen Expräsidenten, die er für die Abfassung einer Geschichte des Krieges verwenden wollte, nicht zu veröffentlichen.

London, 8. Februar. (W. T. B.) Blätternachrichten zufolge hat Lloyd George heute dem Foreign Office die Wilson-Clemenceau-Dokumente zurückerstattet, die er mit einem Schreiben begleitete, worin er sein Bedauern über das „Mißverständnis“ ausdrückt.

Unterzeichnung des italienisch-russischen Vertrages.

Rom, 9. Februar. (W. T. B.) **Der italienisch-russische Vertrag ist gestern abend unterzeichnet worden.**

Hierzu teilt das amtliche Pressebureau mit: In Übereinstimmung mit den von Mussolini am 30. November im Parlament abgegebenen Erklärungen hat Mussolini der russischen Delegation am 31. Januar in der Schlußsitzung der Konferenz für einen Handelsvertrag mitgeteilt, daß er, da nunmehr ein Abkommen erzielt sei, die Frage der de jure-Anerkennung der Sowjetregierung als gelöst betrachte. Die italienische Regierung schritt daher sogleich zur Ernennung eines Botschafters bei der Regierung in Moskau, und infolgedessen sind die politischen Beziehungen zwischen den beiden Nationen vom gestrigen Tage, dem 7. Februar, an endgültig hergestellt und geregelt.

Rom, 8. Februar. Der Heilige Stuhl wird einen apostolischen Delegierten nach Moskau entsenden, der allerdings keine diplomatische Stellung bekleiden wird. Die Sowjetregierung wird vorläufig keinen Gegenvertreter entsenden.

London, 8. Februar. Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, überreichte der neue russische diplomatische Vertreter Suritsch dem Präsidenten der türkischen Republik sein Beglaubigungsschreiben. Damit sind die diplomatischen und Handelsbeziehungen zwischen Rußland und der Türkei wieder hergestellt.

Die russische Antwort an England.

London, 9. Februar. (T.-U.) Die Antwort aus Moskau auf die britische Note, die die Anerkennung der Sowjetregierung enthielt, wird heute in London eintreffen und sofort veröffentlicht werden. Unmittelbar danach wird eine gemeinsame Kommission die Arbeiten beginnen. Mac Donald ist bereit, alle Vorschläge zu erwägen, die diese Kommission über die Kredit- und Anleihefragen macht. Man ist der festen Überzeugung, daß eine Einigung erzielt werden wird. In der britischen Note ist ein Hinweis auf die bolschewistische Propaganda enthalten. Dies bedeutet, daß die Arbeiterregierung nicht dulden werde, daß russisches Gold nach Großbritannien geschickt wird zur Unterstützung der Kommunisten. Der britische Kommunist Newbold versuchte, in die britische Arbeiterbewegung einzudringen auf Anweisung von Moskau aus. Doch die Arbeiterpartei lehnte dies ab. Die organisierte britische Arbeiterschaft ist ganz entschieden gegen allen Bolschewismus und wird ihn auch weiter bekämpfen.

Arbeiterregierung — nicht Arbeiterparlament.

Clynes und seine Rede in Manchester. — Kombinationen über Mac Donald und Poincarés Zusammenkunft.

London, 9. Februar. (W. T. B.) Clynes wies in einer Rede in Manchester darauf hin, daß wohl eine Arbeiterregierung bestehe, jedoch kein Arbeiterparlament. Er sagte, vollere und wirklichere internationale Beziehungen müßten geschaffen werden, um die Wiederherstellung der normalen Verhältnisse im Handel zu beschleunigen. Es seien Anzeichen eines besseren Einvernehmens mit Frankreich vorhanden. Die von ihm im Kriege gebrachten Opfer berechtigten England zu einer angemessenen Anteilnahme bei der Herbeiführung eines wirklichen und dauernden Friedens zwischen Frankreich und Deutschland, der fair sein müsse gegenüber Frankreich, aber auch gerecht gegenüber England und anderen in Betracht kommenden Ländern. Der Premierminister habe klargemacht, wie groß der gute Wille der Arbeiterpartei gegenüber Frankreich sei und wie sehr sie ein besseres Einvernehmen und eine Vervollständigung des Friedens zwischen Frankreich und Deutschland zustande zu bringen wünsche.

Paris, 9. Februar. Es erscheint nunmehr ziemlich sicher, daß die Begegnung Ramsay Mac Donalds mit Poincaré Ende der Woche stattfinden wird. Der Termin für die Unterredung wurde absichtlich so weit hinausgeschoben, um dem englischen Ministerpräsidenten Gelegenheit zu geben, zuvor mit dem Unterhause Fühlung zu nehmen. Außerdem erwartet man bis dahin die Rückkehr der beiden Sachverständigenausschüsse aus Deutschland und hofft, daß sie in der Lage sein werden, Genaueres über den Stand der deutschen Finanzen mitteilen zu können, so daß es möglich sein würde, der Lösung der Reparationsfrage näher treten zu können. In Paris hat man keine besonderen Wünsche für das Programm der Besprechung. Man wünscht aber auf alle Fälle, alle schwebenden Fragen zu behandeln. Wenn, wie in Paris erhofft wird, es gelingen sollte, zu einer Einigung über alle Probleme zu gelangen, würde eine große internationale Konferenz im Anschluß an die Besprechungen der beiden Ministerpräsidenten einberufen werden, an der auch die Vereinigten Staaten teilnehmen würden und die die Frage der Zulassung Deutschlands zum Völkerbund endgültig klären soll.

Die Rentenmark fällt nicht!

Spekulationsmanöver.

Verschiedene Meldungen, die in der polnischen Presse auftauchen und von der „PAT“ verbreitet werden, sagen, daß die deutsche Rentenmark einer Erschütterung ausgesetzt wurde und nun in eine Inflationsperiode (!) hineingerate. Die Neuyorker Börse notiert die Rentenmark (!) erheblich schlechter, so daß die Parität Berlin etwa 5 Rentenmark für den Dollar betragen soll. Die deutschen Banken sollen in den letzten Tagen ein mangelndes Vertrauen zur Rentenmark festgestellt haben. Bei Transaktionen mit Rentenmark mußte der Käufer einen Revers unterzeichnen, wonach die Bank berechtigt wird, alle Kosten zu Lasten des Schuldners zu buchen, auch evtl. Kursverluste, denen die Rentenmark evtl. ausgesetzt sei.

Es ist im Augenblick diese Behauptung nicht nachzuprüfen. Wahrscheinlich handelt es sich jedoch um einen Revers, der nur mißverstanden worden ist. Die ganze Meldung der „PAT“ hat überhaupt einen etwas mysteriösen Charakter, so daß der Eingeweihte eigentlich daraus nicht recht klug werden kann, während der Laie sich in eine Panik treiben läßt, die ihn oft schweren Schaden nehmen lassen kann.

Aus Danzig wird in letzter Stunde gemeldet, daß die Rentenmark tatsächlich einem schweren Ansturm gewisser internationaler Kreise unterworfen ist, die ein Interesse daran haben, eine neue Markinflation (nicht Rentenmarkinflation) herbeizuführen. In Neuyork ist gestern die Papiermark zurückgegangen, weil Gerüchte verbreitet worden sind, daß General Dawes, der Vorsitzende der Sachverständigenkommission, den Vorsitz des ersten Ausschusses niedergelegt hätte, weil Kreise der deutschen Industrie bei den Erhebungen des Ausschusses ihm unüberwindliche Schwierigkeiten in den Weg gelegt hätten. Es ist selbstverständlich, daß an diesen Meldungen kein wahres Wort ist. Immerhin ist aber in Neuyork vorerst der erwünschte Erfolg scheinbar herbeigeführt worden.

Neben diesen spekulativen Tendenzen haben allerdings auch gewisse wirtschaftliche Momente zu einer Versteifung des Geldmarktes geführt, insbesondere die in Berlin zum Zwecke größerer Einkäufe im Ausland benötigten größeren Devisenmengen. Es ist anzunehmen, daß sich die Verhältnisse aber sehr bald von selbst wieder arrangieren werden, und daß Meldungen, wie sie beispielsweise auch von Danzig verbreitet werden, daß deutsche Bankinstitute in den letzten Tagen der Rentenmark mißtraut hätten, sich als **völlig haltlos erweisen werden.**

Deutschlands Reparationsprogramm.

Eine Unterredung mit dem Reichskanzler.

Berlin, 9. Februar. Herr Hildebrand, Delegierter des Roten Kreuzes in Schweden, hatte eine Unterredung mit dem deutschen Reichskanzler Dr. Marx über die deutsche Reparationspolitik. In diese Unterredung sagte der Reichskanzler etwa folgendes:

„Sie werden sich selbst überzeugt haben von den Anstregungen, die mein Kabinett gemacht hat, um auf wirtschaftlichem Gebiete wieder festen Grund und Boden unter den Füßen zu haben. Wir haben alles getan, was in kurzer Zeit möglich war, um die Ausgaben zu beschneiden. Wir sind dabei mit einer Schärfe und Rücksichtslosigkeit vorgegangen, bei der uns selbst das Herz blutet, und durch die weite Kreise der Staatsbediensteten auf das schwerste getroffen werden. Wir haben die Beamtengehälter auf ein Maß herabgesetzt, das nur für kürzere Zeit tragbar erscheint; wir haben trotz der Winterszeit und der großen wirtschaftlichen Krise einen Abbau der Beamten und Angestellten vorgenommen, der für die Betroffenen eine außerordentliche Härte darstellt.

Anderseits sind wir auf der Einnahmeseite dazu übergegangen, das nachzuholen, was uns die fortwährende Entwertung der Mark unmöglich machte, nämlich den Steuern wieder den Platz unter den Einnahmen zuzuweisen, der ihnen zukommt. Die Arbeiten sind auf diesem Gebiete noch nicht abgeschlossen.

Im Augenblick weilen ja unter uns die beiden großen internationalen Kommissionen. Ich bin sicher, daß sie zu einer ähnlichen Ansicht kommen werden, wie sie von unserer Seite bereits seit langer Zeit vertreten wird: Deutschland kann seinen Haushalt balanzieren und seine Valuta stabilisieren nur unter der Voraussetzung, daß im wichtigsten Teile Deutschlands, dem Ruhrgebiet, so bald wie möglich die wirtschaftliche und finanzielle Hoheit des Deutschen Reiches wiederhergestellt wird.

Des weiteren wird erforderlich sein, daß wir ein Moratorium bekommen, das sich auf einen Zeitraum von zwei bis drei Jahren erstreckt.

In allen diesen Fragen ist der Standpunkt der Regierung der gleiche, wie er in dem deutschen Memorandum vom Juni 1923 ausgedrückt ist. Zur Lösung der Reparationsfrage und zur Zahlung der von Deutschland geschuldeten Beträge, die natürlich nicht die phantastische Höhe (132 Milliarden Goldmark) des Londoner Ultimatums erreichen können, bietet die deutsche Regierung die gleichen Sicherungen an, die damals in dem genannten Memorandum erwähnte wurden.

Allerdings darf nicht verkannt werden, daß die wirtschaftliche Lage Deutschlands sich seit Mitte vorigen Jahres sehr erheblich verschlechtert hat.

Eine Erleichterung würde für alle Beteiligten dadurch geschaffen, daß Deutschland auf Grund dieser Sicherheiten eine internationale Kredithilfe erhielte, eine Kredithilfe, die natürlich so lange ausgeschlossen ist, als wir in den besetzten Gebieten nicht wenigstens einigermaßen normale Verhältnisse haben.

Erklärung der deutschen Botschaft in Washington in der Flaggenfrage.

Köln, 9. Februar. (W. T. B.) Ein Telegramm des Berichterstatters der „Kölnischen Zeitung“ aus Washington sagt auf die verschiedenen Umfragen über die Beteiligung der deutschen Botschaft an den Trauerfeierlichkeiten für Wilson zuverlässig folgendes:

1. Eine amtliche Mitteilung vom Tode Wilsons ist der deutschen Botschaft weder vom Staatsdepartement noch von dem Doyen des diplomatischen Korps zugegangen.

2. Der Botschafter erhielt am 4. d. Mts. nur ein Rundschreiben des Doyen mit der Anfrage, ob er bereit sei, einen Anteil an den Kranzkosten zu übernehmen, was von dem Botschafter sofort schriftlich bejaht wurde.

3. Als die Botschaft am 6. Februar erfuhr, daß das Kabinett für den 6. d. Mts. die Nationaltrauer beschlossen habe, hat sie sofort ihre Teilnahme erklärt und diese am Nachmittag der Presse mitgeteilt.

4. Am Trauertage hat die Botschaft die Flagge auf halbmast gesetzt. Die Flagge ist niemals auf Vollmast gehißt gewesen, wie fälschlich behauptet worden ist.

Es handelt sich also, wie vorauszusehen war, um ein Mißverständnis, das von der Presse, die Deutschland feindlich gesinnt ist, zum Schaden Deutschlands ausgenutzt werden sollte. Die Erklärung der deutschen Botschaft stellt also die mysteriöse Angelegenheit richtig und dürfte somit der neuen Hetzwelle, die gegen Deutschland geplant worden ist, Halt gebieten.

Anna Schmidt
Arthur Radke
Verlobte. [5340
Laskoh Sały — Garbatka
(Alt-Laskon)
im Januar 1924.

Drillmaschinen
Original „Premier"
(deutsches Fabrikat)
1 , 1½, 2 m.
„Verakilt"-Schrotmühlen
„Westfalia"-Separatoren
Torfpressen
hat billig abzugeben
G. Scherfke, Posen-Jersitz.

Hackmaschinen
System „Woolnough"
(wie von Dehne gebaut)
für Getreide und Rüben
liefert bei rechtzeitiger Bestellung in allen Breiten — desgl. Hackmesser.
Woldemar Günter
Landw. Maschinen und Bedarfsartikel, Fette und Oele.
Poznań, ul. Sew. Mielżyńskiego 6. — Tel. 52-25.

500 Stück weltberühmte
Getreide- u. Grasmäher
Orig. Eckert
sofort abzugeben.
Generalvertreter für Polen und Freistadt Danzig:
NITSCHE i Ska.
Maschinenfabrik
Poznań.

In Oberschlesien
erscheint
als älteste und weitestverbreitete Tageszeitung die bewährte Anzeigenzeitung, das beliebteste Familienblatt:
Der oberschlesische Wanderer.
Wer Geschäftsverbindungen in Oberschlesien sucht, erreicht durch Anzeigen im Wanderer Gleiwitz mit verblüffendem Erfolg sein Ziel. Die 10gespaltene mm Zeile kostet 12½ Goldpfennige.
Jeder Oberschlesier im Reiche,
welcher über die Vorgänge in der Heimat unterrichtet sein will, bestelle den Wanderer bei der Post seines Wohnortes oder direkt beim Verlage in Gleiwitz.
Anzeigen für den Wanderer vermittelt die Geschäftsstelle des „Posener Tageblattes" ohne jeden Aufschlag.

Erstklassiges Wein- u. Spirituosen-Versandhaus
NYKA & POSŁUSZNY
Telephon 1194 Poznań Wrocławska 33 34
Vereidigte Meßweinlieferanten
(vinum consecrabile) (1026
fachmännische, gewissenhafte und zufriedenstellende Bedienung.

Möbelfabrik liefert äußerst vorteilhaft zu günstigen Bedingungen
Herrenzimmer, Speisezimmer Schlafzimmer.
Beste Arbeit. Billigste Preise
Gefl. Anfragen unter B. 5248 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Wir können sofort vom Lager liefern:
Luzerne
gelbe Eckendorfer Rübensamen
1. Abs.
gereinigte Seradella, Rotklee
und alle übrigen Sämereien.
Mit Preisangaben stehen wir zur Verfügung.
Landwirtschaftl. Hauptgesellschaft
T. z o. p.
Poznań, ul. Wjazdowa 3.

Verkaufe
ca. 500 Meter Feldbahngleis und 15 Kipplowries. Spurweite 55 cm.
R. Müller, Drawski-Młyn, pow. Czarnków.

Kazimierz Kużaj, POZNAŃ
Schliessfach 157
Woźna 12 — W. Garbary 19 (Eckhaus, 2 Minuten vom Alten Markt).
CENTRALA DYWANÓW
Teppichzentrale.
Spezialhaus in- und ausländischer Teppiche. Von einfacher Art bis zu hochwertigsten Erzeugnissen der Teppich-Knüpfkunst,
Jute — Boucle — Velour —
Tournay — Smyrna — Perser.
Beste Qualitäten! Grösste Auswahl! Billigste Preise!
Ständige Ausstellung ohne Kaufzwang.
Alleinverkauf der Firma:
„Bielitzer Teppichindustrie".
Diese Teppiche sind aus bestem Teppich-Kammgarn nach Art der Perser künstlerisch handgeknüpft und echt gefärbt. Obgleich dieses Erzeugnis den Orientteppichen gleichwertig ist, stellt sich solches im Preise um das vierfache billiger. — Künstlerische, dauernde Wertobjekte.

Schmutzige und gewaschene
Schaf-Wolle
kaufen wir
zu höchsten Tagespreisen, auch auf Grund
fester Valuta.
Bemusterte Offerten erbeten
Bank Kwilecki Potocki i Ska.
Spółka Akcyjna.
Hauptgeschäft: Poznań, Aleje Marcinkowskiego 11.
Fernsprecher: 3010, 3020, 3026, 3028, 3043, 1791.
Zweiggeschäfte: Danzig, Warszawa, Inowrocław, Ostrów, Toruń, Katowice, Wilno.

Vom 2.-8. März — Vom 2.-8. März
Leipziger Frühjahrsmesse 1924
Allgemeine Mustermesse mit Technischer Messe und Baumesse.
Größte und älteste internationale Messe der Welt.
Beste Absatzmöglichkeit — vorteilhafteste Einkaufsgelegenheit bei größter Ersparnis an Zeit und Kosten.
Die Herbstmesse 1924 findet vom 31. August bis 6. September statt.
Entgegennahme von Anmeldungen und Auskünfte durch
Otto Mix, Poznań, ul. Kantaka 6a. Tel. 2396.

Sofort billig zu verkaufen:
Schnellpresse
Format ca. 64×96 cm, Fabrikat „Stal" mit Rastapparat für Zeitungsdruck, bereits sehr gut im Zustande. Ferner eine **Schneidepresse „Marinoni"** als Alteisen. Außerdem eine **Wendeltreppe (eiserne)** 4,5 m hoch. Off. u. R. 5186 an die Geschäftsst. d. Blattes.

Heute und folgende Tage:
Bohème.
Drama aus dem Künstlerleben.
In der Hauptrolle: Marja Jacobini.
Teatr Pałacowy, pl. Wolności 6.
Beginn der Vorstellungen
4, 6, und 8½ Uhr.

Wer erteilt einem Herrn jeden Morgen von 8—9 gründl. **poln. Sprachunterricht?** Off. unter A. 5345 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Händler und Wiederverkäufer.
Decken Sie Ihren Bedarf in **Herren-, Damen- u. Kinderkonfektion,** sowie **Jumper, Kimonos, Garnituren, Jumperwollen, Handstrickgarnen** usw. bei d. Firma **Farchi & Lakmetz, Chemnitz,** Zwickauerstr. 1. Muster werden auf Wunsch per Nachnahme zugesandt. — **Lagerbesuch lohnt.** —

Ankäufe u. Verkäufe
Viktoriaerbsen Weiße Bohnen,
waggonweise zu kaufen gesucht. Bemusterte Off. erbeten an **Sacher Kohane, Oświęcim, Małopolska.**

1 Kinderbettstelle
(Holz), sowie ein gut erhaltener **Kinderwagen** zu kaufen gesucht. Offert. an **Richard Mehl, św. Marcin 52/53.** 5 38

Wir bieten antiquarisch an:
Ueber Land u. Meer. Illustr. Familienzeitschrift mit vielen Romanen, Erzählungen u. Illustrationen. Diverse Jahrgänge.
Brunn, Sturmwaris Roman geb.
Prof. Ad. Strauß, Das osmanische Reich, eleg. geb.
Prof. Ad. Strauß, Groß-Bulgarien, eleg. geb.
Rottrecht, Werkzeugmaschinen, geb.
Dr. ..., Wiedergeburt einer Stunde, geb.
Zu kaufen gesucht:
Großes Lateinisch-deutsches Wörterbuch zum Schulgebrauch.
Deutsch-polnisches Wörterbuch.
Brehm's Tierleben.
Andree's Großer Handatlas.
Meyer's großes Konversations-Lexikon, möglichst neue Auflage.
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A., Poznań, Zwierzyniecka 6.

Spielplan des Großen Theaters.

Montag,	den 11. 2. 7 Uhr: **„Der Zigeunerbaron"**, Komische Oper von Strauß.
Dienstag,	den 12. 2. 7½ Uhr: **„Faust"**, Oper von Gounod. (Sondervorstellung zu Gunsten der Schauspieler. Abonnement ungültig.)
Mittwoch,	den 13. 7½ Uhr: **„Der Barbier von Sevilla"**, Oper von Rossini.
Donnerstag,	den 14. 2. 7½ Uhr: **„Die Hugenotten"**, Große Oper von Meyerbeer.
Freitag,	den 15. 2. Theater per Generalprobe wegen **geschlossen.**
Sonnabend,	den 16. 2. 7 Uhr: **„Kuhreigen"**, Oper von Kienzl. Abonnement ungültig.
Sonntag,	den 17. 1. nachm.: **„Hoffmanns Erzählungen"**, Oper von Offenbach. Ermäßigte Preise.



Hersteller: Urbin-Werke, G.m.b.H. Danzig, am Troyl.
Vertreter: M. Tita, Poznań, Grochowe Łąki 4.

Aus den Baltenstaaten.

Die Minoritätenfrage in Lettland.

Der neue lettische Ministerpräsident W. Samuel hat sich nach der „Lib.-Ztg." dem jüdischen Abgeordneten M. Nurock gegenüber dahin geäußert, daß die neue Regierung einen unablässigen Kampf gegen alle chauvinistischen Auswüchse führen und die größtmögliche Toleranz hinsichtlich der nationalen Minderheiten beobachten werde. Die Regierung wird bestrebt sein, allen Bürgern gegenüber ein gleiches Verhalten zu bekunden. Das Gesetz über die Staatsangehörigkeit soll einer Revision unterzogen werden, da das jetzt zu Kraft bestehende eine Ungerechtigkeit darstelle. Der Forderung der nationalen Minderheiten über Gewährung von Selbstverwaltungsrechten stimmt der Ministerpräsident im Prinzip zu.

Stärkere Bindung des Memelgebietes an Kowno.

Im Zusammenhang mit den Genfer Beratungen über das Memeler Statut erwartet man von der Kownoer Regierung diktierte Beschlüsse des Memeler Landesrates. Zur Verstärkung des litauischen Einflusses wurde die Zahl der Mitglieder des Landesrates auf 30 vermehrt. Als neue Mitglieder wurden der Kownoer Regierung passende Männer gewählt. — Der Kownoer Sejm nahm in dritter Lesung das Gesetz an, das die Rechtsprechung des Obersten Gerichtes auf das Memeler Gebiet ausdehnt.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 11. Februar.

Die weitere Entwicklung der Großstadt Posen.

Das gesamte Festungsgelände rechts der Warthe ist, wie dem „Kurjer Poz." aus Warschau gedrahtet wird, in das Eigentum der Stadt Posen übergegangen. Der Ministerrat hat einen entsprechenden Vertrag der Stadt Posen mit dem Kriegsminister bestätigt.

Nichtanrechnung der Gewerbescheine auf die Gewerbesteuer.

Das Finanzamt bittet uns um die Veröffentlichung folgender Verfügung des Staatspräsidenten vom 31. Januar über die Nichtanrechnung der in Gestalt von Gewerbescheinen auf die Gewerbesteuer geleisteten Vorauszahlungen:

Auf Grund des Artikels 1, Absatz 1, Buchstabe e, und des Artikels 2 des Gesetzes vom 11. Januar 1924 über die Sanierung der Finanzen und die Valutareform und auf Grund des Ministerratsbeschlusses vom 21. Januar wird folgendes angeordnet: Vom Steuerjahr 1924 angefangen, wird der Abzug der in Form von Vorauszahlungen durch den Kauf von Gewerbescheinen auf Grund des Artikels 7, Buchstabe a, und des Artikels 23 des Gesetzes vom 14. Mai 1923 entrichteten Quoten und der im letzten Satz des Artikels 8, Absatz 1, des Gesetzes vom 11. August 1923 bezeichneten Zuschläge von der im Sinne der Artikel 4 bis 6, 56 und 119 des Gesetzes vom 14. Mai 1923 über die Staatsgewerbesteuer entfallenden Gewerbesteuersummen aufgehoben.

Die diesjährige Posener Messe wird am Sonnabend 26. April eröffnet werden. Der Staatspräsident hat sein Erscheinen zur Eröffnungsfeier in Aussicht gestellt.

Freiwilliger Militärdienst. In diesem Jahre werden während der Rekrutenanwerbung als Freiwillige zum Heeresdienst junge Männer eingestellt, die in den Jahren 1904, 1905, 1906 geboren sind und sich ihrer Militärpflicht im stehenden Heere vor dem gesetzlich vorgeschriebenen Alterstermine entledigen wollen. Die Gesuche dieser Personen müssen an das zuständige Bezirkskommando bis zum 1. April d. Js. gerichtet werden. Nach diesem Termin werden Anträge für den freiwilligen Militärdienst nicht mehr berücksichtigt. Solch einem Antrage ist beizufügen: a) Geburtsurkunde, b) amtliches Führungszeugnis, c) Ausweise über Beruf und Bildungsgrad, d) Erlaubnis der Eltern oder des Vormundes, der die Eltern rechtlich vertritt. Wann die Untersuchung und Einreihung der Freiwilligen stattfindet, wird zusammen mit den Vorschriften für den wehrpflichtigen Jahrgang 1903 veröffentlicht werden.

Der neue Zuckerpreis. Der Oberste Rat der Zuckerindustrie hat für die zweite Dekade des Monats den Preis für Weißkristallzucker 100 Kilo ohne Steuer und Transportkosten, Parität Posen, auf 67,85 Schweizer Franken festgesetzt. Der Preis für Raffinade ist um 45 Prozent höher.

Miljonówka. Am vergangenen Sonnabend wurden, da der 2. Februar ein Feiertag gewesen war, zwei Nummern gezogen, und zwar Nr. 4 468 436 (verkauft in Warschau) und Nr. 2 651 525 (verkauft in Sosnowiec).

Die Zahlung der Umsatzsteuer. Zu unserer Notiz in der Sonntagsnummer wird uns aus dem städtischen Steuerbureau mitgeteilt, daß der Abzug eines Zwölftels des Patents nicht gestattet ist.

Wirkungen der neuen deutschen Sichtvermerkgebühren. Nach Meldungen polnischer Blätter haben mehrere Schiffahrtslinien beschlossen, die Auswanderungstransporte aus Polen nicht mehr durch deutsches Gebiet zu leiten, sondern sie nach Danzig oder Österreich und die Schweiz zu lenken. Der Sichtvermerk für solche Sammeltransporte von Auswanderern kostet nämlich 5 Dollar für jeden Auswanderer. Ein gewöhnliches Transitvisum für Deutschland kostet gar 12 Dollar.

Zuchtviehauktion in Danzig. Infolge der schwierigen Lage der Danziger Landwirtschaft sind zu der am 27. und 28. Februar d. Js. stattfindenden 105. Zuchtauktion der Danziger Herdbuchgesellschaft noch zahlreiche Nachmeldungen erfolgt, so daß nunmehr an beiden Tagen 60 sprungfähige Bullen, 190 hochtragende Kühe und über 200 hochtragende Färsen, sowie 60 Zuchtschweine zum Verkauf kommen. Ausfuhr- und Verladeschwierigkeiten nach Polen bestehen nicht. Verzeichnisse mit allen näheren Angaben über Abstammung und Leistungen der Tiere versendet kostenlos die Geschäftsstelle der Danziger Herdbuchgesellschaft, Danzig, Sandgrube 21.

Historische Gesellschaft. Die Mitgliederversammlung findet, wie schon angekündigt wurde, am Dienstag, dem 12. Februar, abends 8 Uhr im „Bristol" statt.

X **Der „milde" Winter.** Seit Sonnabend hat sich die Temperatur wieder einmal sehr nach unten verschoben. Gestern, Sonntag, früh zeigte das Thermometer bereits — 10 Grad Kälte und heute früh sogar — 12 Grad Cels. Da wir bekanntlich zunehmenden Mond haben, dürften wir mit einer längeren Kälteperiode zu rechnen haben. Der „Hundertjährige" hat den Anbruch neuer heftiger Kälte für diese Tage vorausgesagt.

X **Alarmierung der Feuerwehr.** Sonntag nachmittag 2¼ Uhr wurde die Feuerwehr nach der Grobla 4 (fr. Grabenstr.) zur Löschung eines Balkenbrandes gerufen. Die Gefahr war nach einer Viertelstunde beseitigt.

X **Die „Kohlenhändlerin"**, die ohne selbst nur ein Gramm Kohle zu besitzen, anderen billige Kohlen anpreist, findet bei ihrem Gimpelfang immer wieder neue Opfer. So hat sie jetzt wieder einen Bewohner der Wallischei geprellt, dem sie 40 Ztr. Kohlen zu billigem Preise anbot, und von dem sie sich 80 Millionen Mark Anzahlung leisten ließ. Die Kohlen sollten angeblich auf dem Bahnhofe lagern. Als sie mit dem sie begleitenden Käufer dort erschien, wußte sie es mit der ihr durch die lange Praxis eigenen Gewandtheit so einzurichten, daß sie mit den 80 Millionen spurlos verschwinden konnte.

X **Einen räuberischen Überfall** verübte gestern abend gegen 7½ Uhr ein Handtaschenräuber auf eine aus der Kirche heimkehrende Dame, als sie das von ihr bewohnte Haus ul. Dąbrowskiego 56 (fr. Große Berliner Straße) betrat. Er verfolgte sie bis in den zweiten Stock und versetzte ihr mit einem Eisenstücke zwei glücklicherweise nicht gefährliche Schläge auf den Kopf und entriß ihr die Handtasche. In dieser befanden sich außer einer goldenen Brille nur 2 Millionen Mk.

X **Diebstähle.** Gestohlen wurden: von einem Klosett in der ul. Mostowa 3 (fr. Posadowskystraße) ein Wasserbehälter im Werte von 20 Millionen Mk.; von einem in der ul. Mickiewicza (fr. Hohenzollernstraße) stehenden Wagen ein Holzkasten mit 20 Flaschen Schnaps im Werte von 105 Millionen Mk.; aus einer Remise in der ul. Stolarska (fr. Bavariastraße) 9 Sack Zucker im Werte von 2 Milliarden; ul. Polna 29 (fr. Feldstraße) aus einem Keller ein Handwagen im Werte von 30 Millionen.

X **Beschlagnahmte Diebesbeute.** Auf dem 3. Polizeikommissariat in der ulica Przemysłowa (fr. Margaretenstr.) befinden sich zwei goldene Trauringe mit den Buchstaben S. K. und K. F. 24. 11. 1918, die vermutlich aus einem Diebstahl herrühren. Geschädigte können sich im genannten Kommissariat melden.

X **Polizeilich festgenommen** wurden am Sonnabend und Sonntag: 14 Betrunkene, 8 Dirnen, 9 Personen wegen Diebstahls, 4 wegen Betruges und 2 gesuchte Personen.

* **Culm, 10. Februar.** In Brzozowo bei Culm stahlen kürzlich bisher unbekannte Diebe dem Besitzer Podgorski zwei Schweine im Gewicht von fünf Zentnern. In nächtlicher Arbeit bauten sie die Hinterwand des Schweinestalles ab, töteten die Tiere am Orte, reinigten sie und ließen in boshafter Schadenfreude die beiden Ringelschwänze im Stalle zurück.

* **Aus dem Kreise Graudenz, 10. Februar.** Während des Krieges gab auch die evangelische Kirchengemeinde Rehden ihre Kirchenglocken her. Die später stark zusammengeschmolzene Gemeinde beschloß bereits vor einiger Zeit die Beschaffung neuer Glocken. Diese wurden von Vertretern der Kirchengemeinde einer Fabrik in Lodz zur Lieferung übertragen, und die Kosten für die drei Glocken wurden hauptsächlich aus freiwilligen Beiträgen gedeckt. Die Glocken sind jetzt fertiggestellt und sollen in nächster Zeit ihrem Zweck übergeben werden.

bd **Inowrocław, 10. Februar.** In der Monatsversammlung des Landwirtschaftlichen Vereins Kujawien am 6. d. Mts. im Logensaale hielt der Geschäftsführer des Vereins, Winterschuldirektor Dr. Oberländer, wieder einen sehr bedeutungsvollen Vortrag über das Thema: „Was habe ich bei der Abschätzung eines landwirtschaftlichen Grundstückes zu berücksichtigen?" Ausgehend von seinen Erfahrungen, die er bei seinen etwa 500 von ihm bearbeiteten Vermögenssteuererklärungen gewonnen hat, gab er unter Berücksichtigung der Rentabilitäts- und landwirtschaftlichen Produktionsfragen treffende Berechnungen, wie hoch ein Gut mit scheinbar gutem Boden heute noch zu schätzen sei. Nicht allgemeine Worte waren es, die er sprach, sondern jedem, der aufmerksam folgte, wurden Augen und Ohren geöffnet, und man erkannte so recht, was man überhaupt noch besitzt oder vielmehr nicht besitzt. Der Vortrag wurde von den Anwesenden, etwa 140 Landwirten Kujawiens, mit großem Beifall aufgenommen. Eine längere, sehr anregende Aussprache folgte.

* **Kempen, 9. Februar.** Die frühere Gramsche Landwirtschaft ist für rd. 100 Milliarden an den Landwirt Reidel aus Mrotschen verkauft worden. — In der Nacht zum 7. d. Mts. wurde der Stall des Superintendenten Klawitter hier aufgebrochen, und es wurden 18 Hühner und ein Schwein gestohlen. Die Hühner und das Schwein sind anscheinend gleich im Stall abgeschlachtet worden. Die Diebe brachen außerdem den Holzstall auf und nahmen noch eine Menge Holz mit.

* **Kolmar, 8. Februar.** In der Stadtverordnetensitzung am Montag wurde die Hundesteuer für den ersten Hund auf 6 Złoty, für den zweiten Hund auf 12 Złoty und für jeden weiteren Hund auf 24 Złoty festgesetzt. Wachhunde, deren Besitzer ein Handelspatent gelöst haben, und Hofhunde außerhalb der Stadt sind frei. — An Billettsteuer zu Theater und Vergnügungen werden 20 Prozent bei Billetts zu künstlerischen oder turnerischen Vorführungen 10 Prozent des Eintrittspreises erhoben. — Eine lebhafte Aussprache entspann sich bei der Beratung der Mietsteuer. Einzimmerwohnungen sind frei, ebenso zahlen Arbeiter, die mindestens drei Kinder haben, für eine Zweizimmerwohnung keine Mietsteuer. Für gewöhnliche Wohnungen werden 3 Prozent der Vorkriegszeit in Gold, für Luxuswohnungen 30 Prozent erhoben.

* **Krotoschin, 9. Februar.** Bei einem hiesigen Fleischermeister kaufte eine Frauensperson eine große Menge Fleisch- und Wurstwaren, die sie teilweise in einen mitgebrachten Sack versenkte. Da der Frau das Geld angeblich nicht reichte, ließ sie den Sack zum Pfande, um von ihrem Manne mehr Geld zu holen. Als sich die Käuferin nicht mehr blicken ließ, öffnete man den Sack und fand darin nur Kleinigkeiten. Dieser Sack aber führte zur Ermittlung des Kaufmanns, bei dem die Betrügerin ebenfalls gewesen war. Als sie bei dem Kaufmann nun wieder vorsprach, wurde sie sogleich verhaftet und entpuppte sich als aus Galizien zugereist. In ihren Unterröcken hatte sie eine große Anzahl Diebestaschen verborgen.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Warschau, 9. Februar.** Einen furchtbaren Selbstmord hat hier, dem „Przegl. Wiecz." zufolge, ein gewisser Eduard Pickman verübt. Er war seit einer Reihe von Jahren starker Alkoholiker und wurde im Rausch öfters von Tobsucht befallen. Alle Bemühungen seiner Familienangehörigen vermochten nicht ihn zur Nüchternheit zu bekehren. Als er an einem der letzten Tage wieder eine größere Menge Alkohol zu sich genommen hatte, wurde er von dem sogenannten „weißen Fieber" befallen. Er ergriff ein auf dem Tische liegendes Küchenmesser und wollte sich damit den Hals durchschneiden. Seine Frau entriß ihm nach längerem Ringen das gefährliche Werkzeug. Pickman verstand es aber, sich unbemerkt doch wieder des Messers zu bemächtigen, worauf er unter das Bett kroch und sich fast den halben Kopf abschnitt. Er war auf der Stelle tot.

Aus Ostdeutschland.

* **Breslau, 9. Februar.** Paul Spaethe, Scharfrichter in Breslau, der im Laufe der letzten acht Jahre im Reiche 45 Verbrecher hingerichtet hat, hat sich vor einigen Tagen in seiner kleinen, recht elegant eingerichteten Wohnung in Breslau erschossen.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

W. B. in L. 1. Aus dem Artikel erhellt, daß die einjährige Dienstzeit allerdings abgeschafft und für die Betreffenden die 1½jährige Dienstzeit eingeführt ist. 2. und 3. Diese Fragen können bis zum Erlaß näherer Bestimmungen einstweilen nicht beantwortet werden.

G. Nr. 718. Selbstverständlich durfte die Kuh, da sie Ihr Eigentum ist, nicht gepfändet werden. Eine Klage Ihrerseits muß zu Ihren Gunsten ausfallen.

K. B. Wegen der Beantwortung Ihrer beiden Fragen müssen Sie sich an das rumänische Konsulat in Warschau wenden.

A. G. Gniezno. Der einzige Weg ist reklamieren und den genauen Nachweis laut Ihren Büchern zu führen. Eventuell ist eine Beschwerde an das Finanzamt in Posen am Platze. Ob die Möbel Ihrer Frau gehören oder Ihnen, ist für die Vermögensabgabe gleichgültig. Dann muß Ihre Frau die Vermögensabgabe von der Wohnung bezahlen, sofern natürlich die Wohnung unter die Vermögensabgabe fällt. Ob Sie zahlen müssen, erfahren Sie bei Ihrem Finanzamt. Wenn Sie die Dinge vorstellen wie sie liegen, glauben wir an die Ratenvorauszahlung nicht.

N. N. Was Sie zu zahlen haben, bestimmt die Finanzkommission; wir können Ihnen das nicht sagen. Fragen Sie einmal bei dem zuständigen Finanzamt nach, dort erhalten Sie Auskunft, die für Sie in Frage kommt.

S. D. 1. Die Nachricht ist amtlich zur Veröffentlichung gekommen. 2. Das dürfen Sie ohne weiteres.

P. B. 1. Selbstredend gehören alle 16 Gewählten zum Gemeinderat. 2. Dem Betreffenden steht dieses Recht unter keinen Umständen zu. 3. Einspruch bei dem zuständigen Starostwo erheben. 4. Unseres Erachtens ja. 5. Siehe unter 3.

G. H. in B. Die Genannten brauchen in dem von Ihnen angegebenen Falle keine Vermögenssteuer zu zahlen.

Kunst, Wissenschaft, Literatur.

Kants 200. Geburtstag.

Die ganze Kulturwelt rüstet sich zur Feier des 200. Geburtstages des Königsberger Philosophen (am 22. April 1924), und man kann wohl ohne Übertreibung sagen, daß dieser Gedenktag in noch nie dagewesener Weise ein Tag kultureller Kundgebungen sein wird.

An der Spitze aller Veranstaltungen stehen naturgemäß die Feierlichkeiten in Königsberg, der Geburtsstadt Kants. Die Kantgesellschaft, bekanntlich die größte und ausgedehnteste philosophische Organisation der Erde, die ihren Sitz in Halle a. S. hat (der greise Philosoph Hans Vaihinger, der Schöpfer der „Philosophie des ‚Als Ob'", ist der Gründer der Kantgesellschaft, er hat seinen Wohnsitz in Halle), ist von Rektor und Senat der Universität Königsberg sowie von der Stadt Königsberg gebeten worden, die Generalversammlung 1924 statt in Halle a. S. in der Geburtsstadt Kants in Verbindung mit der Königsberger Feier abzuhalten. Die Kantgesellschaft hat beschlossen, dieser Einladung nachzukommen. Die Tagung der Kantgesellschaft in Königsberg wird Ostersonntag (20. April) in der Aula der Universität beginnen. Zur Eröffnung wird Geheimrat Vaihinger selbst in einer kurzen Übersicht „Kants Bedeutung für die Philosophie der Gegenwart" schildern. Wissenschaftliche Vorträge werden u. a. halten Prof. Eugen Kühnemann („Kant und Herder"), Prof. Erich Adickes („Kants Erbe"), Prof. Hans Driesch („Kant und das Ganze"), Prof. Heinrich Scholz („Kant als Klassiker der Metaphysik"), Prof. Artur Liebert („Kant und die geschichtliche Weltansicht").

Der Tagung der Kantgesellschaft schließen sich vom 21. bis 23. April die Festlichkeiten der Universität und der Stadt Königsberg im Dom (Festrede von Prof. Adolf von Harnack), im Rathaus, in der Stadthalle und Stadttheater (Begrüßungsansprache des Rektors der Universität, Aufführung von Beethovens „Fidelio") sowie die übrigen Gedenkfeiern an. Bei diesem Jubiläum wird das neue Kant-Grabmal eingeweiht werden.

Die Universität Berlin wird ihre Kantfeier am 22. April abhalten. Die Ortsgruppe Berlin der Kantgesellschaft wird in der Aula der Universität eine große Kantfeier mit Festrede und Musik veranstalten. Umfassende Festlichkeiten plant die Universität Halle; die Festrede hält Prof. Paul Menzer. Desgleichen werden sämtliche deutschen Universitäten und auch die übrigen Hochschulen des Deutschen Reiches in den Tagen zwischen dem 20. und 23. April Kantfeiern abhalten; ferner sämtliche Ortsgruppen der Kantgesellschaft. Größere Kantfeiern planen die Ortsgruppen Karlsruhe, Stuttgart, Plauen, Hamburg, Hannover.

Die bedeutendste Kantfeier in Holland veranstaltet die Universität Amsterdam gemeinschaftlich mit der Landesgruppe Holland der Kantgesellschaft.

Das japanische Kultusministerium will, daß Kants Geburtstag auch in Japan in großzügiger Weise gefeiert wird. Es hat dafür Sorge getragen, daß in sämtlichen japanischen Universitäten Kantfeiern veranstaltet werden. Kants 200. Geburtstag wird auch die Veranlassung dazu geben, daß in Japan eine Landesgruppe der Kantgesellschaft gegründet wird.

In Bulgarien wird die Hauptfeier von der Universität Sofia abgehalten. Es sind in Sofia umfassende Vorbereitungen zu einer sehr großen Kantfeier eingeleitet worden. Die Festrede hält Prof. Slavi Tschauschoff-Sofia.

In Rumänien, wo das Studium Kants von jeher in besonderer Blüte stand, werden zahlreiche Kantfeiern stattfinden. Die beiden Universitäten Bukarest und Jassy planen Feiern, die nicht weniger als acht Tage dauern sollen. Eine populäre Kantmonographie, die von Prof. Dr. N. Jonescu stammt, wird in mehreren tausend Exemplaren den Schulen und öffentlichen Bibliotheken übergeben werden. Außerdem erscheint zu Kants 200. Geburtstag eine vorzügliche Übersetzung von „Kants Prolegomena" in rumänischer Sprache; die „Societatea Romana die Filosofie" in Bukarest bereitet eine große Kantfestschrift vor.

In der Schweiz, in Österreich, in der Tschechoslowakei, in England und in Amerika werden zahlreiche Kantfeiern von den Universitäten und den Landes- und Ortsgruppen der Kantgesellschaft vorbereitet.

Auch Peking rüstet zu einer großen Kantfeier, die unter der Leitung des bekannten Pfarrers Dr. Richard Wilhelm steht. Das Auswärtige Amt hat Prof. Arthur Liebert-Berlin, den stellvertretenden Geschäftsführer der Kantgesellschaft, gebeten, Richtlinien für die Veranstaltung dieser Feier in China zu geben.

Auch die Universität Jerusalem bereitet eine große Kantfeier vor. Anläßlich des Geburtstages erscheint auch die erste Übersetzung eines Werkes von Kant in hebräischer Sprache, der „Kritik der reinen Vernunft".

Die Deutsche Friedensgesellschaft bereitet große Kantfeiern in etwa 20 deutschen Städten vor; die Rede in Berlin wird Prof. Quidde halten.

— **Fichtes Briefe** haben, so unglaublich es scheinen mag, bis heute noch keine Gesamtausgabe erlebt. Nach jahrelanger Vorarbeit schließt nunmehr der Direktor der Bibliothek d. Reichsger. in Leipzig, Dr. Hans Schulz, seine kritische Gesamtausgabe der Briefe J. G. Fichtes ab, die im Verlage H. Haessel in Leipzig erscheinen wird. Als Vorläufer dieser umfassenden, möglichst auf den Original-Handschriften beruhenden Veröffentlichung erschien bereits kürzlich ein Band „Fichte in vertraulichen Briefen seiner Zeitgenossen".

Handel und Wirtschaft.

Von den Märkten.

Altmetalle. Berlin, 9. Februar. (Notierung in Goldmark für 100 kg.) Altkupfer 97—103, Altrotguß 87—95, Messingspäne 57—62, Gußmessing 68—72, Messingabfälle 90—98, Altzink 38—43, neue Zinkabfälle 46—48, Altweichblei 41—45, Alumin., Blechabfälle 160—175, Lötzinn 165—175.

Metallene Halbfabrikate. Berlin, 9. Februar. (Notierung in Goldmark für 100 kg.) Aluminiumbleche, Drähte, Stangen 2?0, Aluminiumrohr 400, Kupferbleche 179, Kupferdrähte, Stangen 16?, Kupferrohre o. N. 185, Kupferschalen 2?0, Messingbleche, Bänder, Drähte 147—, Messingstangen 10?—, Messingrohre o. N. 153—, Messingkronenrohr 175, Tombak mittelrot, Bleche, Drähte, Stangen 185, Neusilberbleche, Drähte, Stangen 275, Schlaglot 130.

Börse.

≠ **Warschauer Börse vom 9. Februar.** Die heutige Börse ist nicht einheitlich und für einen großen Teil der Devisen und Valuten schwach. Offiziell notierten der Dollar 9.3 M., das englische Pfund 40.23 M., der Schweizer Franken 1618¼ M., der holländische Gulden 3465 M., der Goldfranken 18 M. Von den Staatspapieren ist die Prämienanleihe von 0.85 M. auf 0.5 M. gefallen. Die Goldanleihe notiert 122? M., die Dollaranleihe 567 M. Die Zlotybons Serie II A 1.4 M. Auf dem Effektenmarkt ist die Tendenz ebenfalls nicht einheitlich. Für den größten Teil der Aktien schwach. Es notieren Bankwerte: Diskonto von 22 M. Handlowy 1?.75 M., Kredytowy 1 M., Spoldzielcy 22 M., Zachodny 6.6 M. Związku Spolek Zarobkowich 21 M., Związku Ziemian 0.55 M.; Industriepapiere: Soy Batatowy 31 M., Grodzisk 4.? M., Kijewski 16? M., Puls 7.7 M., Spies 4.4 M., Chodorów 25.5 M., Czenstochowice 11.25 M., Michałów 3.4 M., Cegielski 2.925 M., Goslawice 5.5 M., Tow. Fabr. Cukru 17 M., Warsz. T. K. Węgla 39.5 M., Fitzner & Gamper 32 M., Rau 3.05, Modrzejów 45 M., Norblin 3.75 M., Ostrowiec 1.4 M., Parowóz 2.4 M., Starachowice 16.3? M., Ursus 5.4 M., Zyrardów 900 M., Haberbusch 16.4 M., Polska Nafta 2.5 M., Nobel 6.1 M., Spiritus 10 M., Chmielów 8.5 M., Zieleniewski 54.5 M., Brown Bowery 4.25 M., Polski Lloyd 0.41 M., Marymont 6.2 M.

≠ **Die poln. Mark am 8. Februar. Danzig:** 0.6?8—0.642 (Parität: 1567500). Auszahlung Warschau 0.6?3—0.6?7 (Parität 1658600). **Paris:** Ausz. Warschau 2.30 (Parität: 435000). **London:** Auszahl. Warschau 0.0000027 (Parität: 37 Millionen). **Tschernowitz:** 0.00225 (Parität: 44400). **Bukarest:** 0.0025 (Parität: 40000).

≠ Die P. K. K. P. zahlte am 8. 2. 24 (in 1000 Mkp) für Goldmünzen (in Klam. Silbermünzen): Rubel 4?54.8 (3094.2), Mark 2155.4 (859.5), österr. Krone 1833 (7?7.6), lat. Münzeinheit 1745.8 (7?7.6), Dollar 90?0 (413?.9), Pfund Sterling 44030 (s. 899), türkisches Pfund 39?69, Schwedenkrone 24?4.8 (1031.4), holl. Gulden 3637.2 (1624.4), österreichische Dukaten 20700 (fl. 19?9.8), belgische und holländische Dukaten 20650, 1 g Feingold ?014 (171.9).

≠ **Posener Börse vom 8. Februar.** (Markt der nichtnotierten Werte.) Cukrownia etwa 4000, Kabel 1500, Huta Miedzi geringe Umsätze.

≠ **Berliner Börse vom 9. Februar.** (In Millionen Mk., Wien und Budapest in 1000 Mk.) **Amsterdam 1571063**, Brüssel 169570, Christiania 563593, Kopenhagen 680?8?5, Stockholm 1101240, Helsingfors 105735, Italien 184?5?8, **London 18054750**, **Neuyork** 4189500, Paris 18952?, **Schweiz 723173**, Spanien 533?63, Lissabon 124687, Japan 18?5375, Wien abgest. 59331, Prag 121695, Budapest 147630, Bulgarien 80922, Jugoslawien 50372.

≠ **Ostdevisen in Berlin vom 9. Februar.** Freiverkehr. (In Millionen, poln. in 1000 Mk.) Auszahlung: Bukarest 21642 G., 21858 B., Riga 811800 G., 828200 B., Reval 10890 G., 11110 B., Kowno —.— G., —.— B., Kattowitz 459 G., 471 B. — Noten: polnische 433 G., 437 B., lettische 755?00 G., 794?00 B., estnische 10040 G., 1053? B., litauische 401700 G., 42?300 B.

≠ **Züricher Börse vom 8. Februar.** (Amtlich.) Neuyork 574, London 24.5125, Paris 26.61, Wien 81, Prag 16.69, Mailand 25.?6, Brüssel 23.65, Budapest 199, Sofia 4.22, Amsterdam 216, Christiania 78, Kopenhagen 94, Madrid 73.30, Belgrad 6.80, Berlin 1.30.

≠ **Wiener Börse vom 8. Februar.** (Polnische Werte in 1000 Kr.) Tendenz schwach. Bank Malopolski 21, Bank Hipoteczny 25, Kolei Póln. 1560, Siegalkowa 1?65, Browary Lwowskie 265, Pragereisen 1880, Sierza 210, Silesia 64, Zieleniewski 378, Fanto 3200, Karpathen 42?01, Nafta 2090, Lumen 58, Schodnica 1100, Rachzawa 11?, Cement Goleszów 2160, Alpinen Montany ?82, Huta Poldi 83?, Ataan 26?, Praga?nica 183, Trebeze 19?.

> **Danziger Mittagskurse vom 11. Februar.**
>
> 1 Million poln. Mark .... 0,61 Gulden
>
> 1 Dollar .... 5,84 „

Warschauer Vorbörse vom 11. Februar.

Dollar 9150000—9200000. Engl. Pfund 39500000. Schweizer Franken 1600000. Französischer Franken 401000.

≠ **Valorisationsfrank für den 11. und 12. Februar 1924 1800000 Mkp.**

Warschauer Börse vom 9. Februar.

Devisen:

Belgien	337500—375000	Paris	425000—406000
London	40000000—40530000—40280000	Prag	267500—266000
Neuyork	9300000—9300000	Schweiz	1630000—1618000—1618250
Holland	3510000—3346000—3465000	Wien	131.85—131.25
		Italien	410000—405000
Goldfrank	1800000	Bonbons IIa	1350000—1400000

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 11. Februar 1924.

(Ohne Gewähr.)

Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung loko Verladestation.)

Weizen	25000000—3?000000	Weizenkleie	12000000
Roggen	18000000—20000000	Roggenkleie	11000000
Weizenmehl	53000000—56000000	Blaulupinen	20000000—22000000
Roggenm.	32000000—35000000	Seradella	15000000—17000000
Gerste	17000000	Wicken	18000000—20000000
Braugerste	19000000—21000000	Felderbsen	18000000—24000000
Hafer	18000000—20000000	Vikt.-Erbsen	40000000—?7000000

Markt belebter. — Tendenz: stärker.

Kurse der Posener Börse.

(Notierungen in 1000 Mk.)

	11. Februar	9. Februar
Bankaktien:		
Bank Przemysłowców I.—II. Em.	850—840	825
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-XI. Em.	2000	1900—2000
Polski Bank Handl., Poznań I.—IX.	800	800
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em.	250	250
Industrieaktien:		
Arcona I.—V. Em.	500	500—550—500
„Aarad" Zjedn. Cegielń. Augustowo-Grabowice I.—III. Em.	400	—.—
R. Barcikowski I.—VI. Em.	175	200—195
Browar Krotoszyński I.—IV. Em.	1200	1200—1250
H. Cegielski I.—IX. Em.	280—272.5—280	270—290
Centrala Rolników I.—VII. Em.	125—130	—.—
Centrala Skór I.—V. Em.	825—810	800—825—810
Garbarnia Sawicki Opalenica I. Em.	—.—	225
Gniwana	200	—.—
Goplana I.—III. Em.	400	425—475—450
C. Hartwig I.—VI. Em.	300	300—2??
Hartwig Kantorowicz I.—II. Em.	1425—1400	1350—1450
Hurtownia Drogeryjna I.—III. Em.	65	65—63
Hurtownia Związkowa I.—IV. Em.	40	30—35
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em.	2000	1950—2000
Hurt. Spółek Spożywców I.-II. Em.	230	—.—
Iskra I.—III. Em.	750	700—750
Len w Toruniu	—.—	400—350
Lazoma I.—I. Em.	—.—	200
Lubań, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV.	—.—	20000
Marynin Zjkł. ogrodn. w Brzyzawie	200—180	160—180
Dr. Roman May I.—IV. Em.	9000—9300—9250	9000
Młyn Ziemiański I.—II. Em.	450	4?0
Mynotwórnia I.—V. Em.	—.—	4?0
Płótno I.—III. Em.	240—230	240—250
Papiernia Bydgoszcz I.—IV. Em.	230	2?0
Pechcin, Fabryka Wapna i Cem. nta	2100	1900
Pozn. Spółka Drzewna I.-VII. Em.	530—550	525—550
Pneumatik I.—IV. Em.	60	63
Tartak we Wrześni I.—II. Em.	—.—	55
Tkanina I.—IV. Em.	—.—	170
Tri I.—III. Em.	—.—	1300
„Unja" (früher Bentzki) I. u. III. Em.	2300	2600—2700—2600
Wisła, Bydgoszcz I.—III. Em.	4000—4200	4000
Wytwornia Chemiczna I.—IV. Em.	140—150	140
Zjed. Browar. Grodziskie I.—IV. Em.	525—510	525

Tendenz: behauptet.

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich für Polen und Osteuropa Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil Robert Styra; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.